

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

ARBEITSMIGRATION POLITISCHE LÄNDERRANKINGS

■ ANALYSE	
Harte Zeiten für Arbeitsmigranten	
Auswirkungen der globalen Rezession auf die Arbeitsmigration aus Zentralasien und die Rücküberweisungen	2
Von Brigitte Heuer, Berlin	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Statistiken zur Arbeitsmigration aus den zentralasiatischen Ländern	7
■ DOKUMENTATION	
Stillstand auf niedrigem Niveau?	
Die zentralasiatischen Staaten in den neuesten politischen Länderrankings	12
Politikbezogene Länderrankings im Überblick	13
Bertelsmann Transformation Index (BTI)	14
Freedom House: Freedom in the World	16
Freedom House: Freedom of the Press	17
Freedom House: Nations in Transit	18
Press Freedom Index	23
Corruption Perceptions Index	24
■ CHRONIK	
Vom 24. April bis 21. Mai 2010	25

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

gtz



Analyse

Harte Zeiten für Arbeitsmigranten

Auswirkungen der globalen Rezession auf die Arbeitsmigration aus Zentralasien und die Rücküberweisungen

Von Brigitte Heuer, Berlin

Zusammenfassung

Im Herbst 2008 wurden düstere Prognosen hinsichtlich der Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Arbeitsmigration im GUS-Raum gestellt: Der Ausfall der für ihre Herkunftsländer lebenswichtigen Rücküberweisungen zusammen mit dem massenhaften Rückstrom »zorniger junger Männer« nach Zentralasien enthalte großen sozialen Sprengstoff. Der folgende Beitrag zeigt, dass die Vorhersagen sich nicht in diesem Ausmaß bestätigt haben. Dennoch gehören die ArbeitsmigrantInnen und ihre Familien in den Herkunftsländern zu den Hauptleidtragenden des wirtschaftlichen Einbruchs.

Im russisch-sibirischen Migrationssystem vollzog sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein abrupter und radikaler Richtungswechsel. Ein relativ rezentes Phänomen ist die Arbeitsmigration aus Zentralasien vor allem nach Russland. Seit Ende der 1990er Jahre haben sich im GUS-Raum neue Kooperationen »von unten« herausgebildet: Aufgrund des Wohlstandes entstand ein gemeinsamer Arbeitsmarkt mit zunächst meist nicht-legaler Beschäftigung der Zuwanderer. Die Zahl der in der Regel saisonal nach Russland reisenden MigrantInnen vor allem aus Tadschikistan, Usbekistan und Kirgistan nahm dabei von Jahr zu Jahr zu. Ihre genaue Zahl lässt sich nur sehr schwer schätzen. In den Boomjahren 2004–2008 verließen ca. 500.000–800.000 Kirgisen, 600.000 Tadschiken und mehr als 2 Mio. Usbeken auf der Suche nach Arbeit ihre Heimat, davon arbeiteten etwa 60 % der Usbeken, 80 % der Kirgisen und 90 % der Tadschiken in Russland.

Im Jahr 2007 wurde in der russischen Migrationspolitik eine entscheidende Kehrtwende vollzogen hin zu einer »Politik der offenen Tür« und der zunehmenden Legalisierung ausländischer Arbeitskräfte: Hatten zuvor nur schätzungsweise 15–20 % der Migranten eine legale Anstellung, so stieg dieser Anteil nun auf 35–50 %. Der russische Arbeitsmarkt ist ethnisch segmentiert, am stärksten sind Migranten im bis zur Krise boomenden Bausektor engagiert, aber auch im Handel, im Dienstleistungsbereich, in der Landwirtschaft sowie in Privathaushalten sind sie stark vertreten. Der weltweite Trend zur Feminisierung der Migration ist auch hier zu beobachten. Der Anteil von Frauen unter den Arbeitskräften aus Zentralasien liegt bei mindestens 18 %.

Trotz der Vereinfachungen im russischen Migrationsrecht sehen sich die MigrantInnen vielen Schwierigkeiten gegenüber: Problemen verbunden mit ihrem

nicht-dokumentierten Status, gefährlichen Arbeitsbedingungen, fehlender sozialer Absicherung und Gesundheitsversorgung, nicht zu reden von gesellschaftlich-politischer Teilhabe. Für russische Arbeitgeber hat die illegale Beschäftigung ausländischer Arbeiter, auch wenn die Strafen dafür verschärft wurden, den Vorteil der Kostenreduzierung und sie können die bürokratischen Hürden für die legale Anstellung von Ausländern umgehen.

Entwicklung der Rücküberweisungen

Mit dem rasanten Anwachsen globaler Migrationsströme sind auch weltweit hohe Wachstumsraten der Rücküberweisungen (eng. *remittances*) zu verzeichnen. Ihr Zuwachs in der Region Europa/Zentralasien war 2006 und 2007 mit 24,1 % bzw. 36 % überdurchschnittlich hoch. Doch ist eine genaue Bestimmung des Umfangs dieser Geldtransfers ebenso schwierig wie eine exakte Schätzung der Zahl von MigrantInnen in Russland. Viel wird über informelle Kanäle abgewickelt, weil das Vertrauen in Banken gering ist oder im Herkunftsland hohe Steuern abgeschöpft werden. Doch selbst das Volumen der auf offiziellen Wegen getätigten Geldsendungen zeigt, wie stark die Arbeitsmigration aus Zentralasien nach 2005 zugenommen hat: sie verdoppelte sich (in US-Dollar) in Kirgistan und Tadschikistan zwischen 2006 und 2008. Im Jahre 2008 entsprach der geschätzte Umfang der Rücküberweisungen nach Tadschikistan 49 % des Bruttoinlandsprodukts, in Kirgistan 27 %, in Usbekistan 13 %. Ihre enorme Bedeutung wird daran deutlich, dass sie ein sehr viel größeres Volumen als offizielle Entwicklungshilfeszahlungen und ausländische Direktinvestitionen haben.

Die Geldsendungen sind gegenwärtig eine Lebensader für die zentralasiatischen Herkunftsländer der

MigrantInnen. Sie mindern Armut, erhöhen das Konsumtionsniveau und damit die Nachfrage und kompensieren Unzulänglichkeiten der staatlichen Sozialsysteme. Doch bezahlen die in Russland Arbeitenden einen hohen Preis: Insbesondere wenn ihre Situation rechtlich nicht geregelt ist, arbeiten sie häufig in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen mit Lohndumping. Sie tragen nicht selten lebenslange gesundheitliche Schäden davon oder erleiden schwere (tödliche) Arbeitsunfälle. Der ständige Druck der Illegalität, alltägliche Diskriminierung, Xenophobie und Schikanen der Sicherheitsorgane verursachen hohen psychosozialen Stress.

In der russischen Öffentlichkeit dominiert die Meinung, dass dem Land durch die Geldsendungen der ausländischen Arbeitskräfte hohe Summen entzogen werden. Tatsächlich aber bewegt sich nach Ansicht russischer Fachleute der Nutzen für die russische Volkswirtschaft auf weit höherem Niveau als diese Transfers. Und schließlich gilt: Wenn dem Staat durch illegale Beschäftigung der *gastarbeiter* (russ.) Steuern entgehen, so liegt dies nicht an deren Präferenzen, sondern ist vielmehr in der Struktur der russischen Wirtschaft begründet, für die die Schattenwirtschaft profitabler als offizielle Arbeitsverhältnisse ist.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich sowohl auf die Wirtschaft der Ziel- als auch der Herkunftsländer aus und damit in mehrfacher Weise auf MigrantInnen und deren Familien. Zu Beginn der krisenhaften Zuspitzungen im Herbst 2008 entwarfen Beobachter düstere Szenarien: Die große Masse der Migranten werde nach Zentralasien zurückkehren und dort das Problem der Arbeitslosigkeit noch enorm verschärfen. Die daraus resultierende wachsende Unzufriedenheit könne gefährliche soziale Spannungen und politische Destabilisierung zur Folge haben. Auch mit verstärktem Zulauf zu islamistischen Gruppierungen wurde gerechnet. Ein dramatisches Schrumpfen der Rücküberweisungen, die für die Wirtschaft und die Familien in den Herkunftsländern inzwischen unentbehrlich geworden sind, wurde erwartet.

Die Rezession in Russland führte zu einem starken Einbruch im boomenden Bausektor, Entlassungen waren hier wie in anderen Bereichen die Folge. 2009 senkte die Regierung die offizielle Quote für Arbeitsmigranten von geplanten 4 Mio. auf 2 Mio. im laufenden Jahr. Ende 2009 wurde für 2010 eine Quote von nur noch 1,9 Mio. festgelegt.

Die Geldsendungen der Migranten aus Russland nach Zentralasien brachen tatsächlich zunächst ein, wobei nicht vergessen werden darf, dass diese Transfers saisonal immer stark schwanken. Generell scheinen sich

jedoch Rücküberweisungen in Krisenperioden stabiler als andere Finanz- und Ressourcenflüsse zu behaupten und antizyklisch zu wirken, wie frühere Erfahrungen in anderen Weltregionen gezeigt haben. Im Zeichen der Krise bemühen sich Migranten, die Transfers konstant zu halten oder sogar zu erhöhen. Außerdem kumuliert der Zustrom der ausländischen Jobsuchenden jährlich.

Nachdem die Wachstumsrate der Rücküberweisungen in der gesamten Region Europa/Zentralasien 2008 noch bei 13,3 % gelegen hatte, nahmen die Geldtransfers 2009 um 20,7 % ab (weltweit 6,7 %). Der Rückgang war hier stärker als in anderen Migrationsregionen, da die Krise diese Länder am stärksten getroffen hat. Außerdem sind die Destinationen zentralasiatischer Migranten nicht breit gestreut, sondern überwiegend auf das von der weltweiten Rezession hart getroffene Russland konzentriert. Hinzu kommt noch, dass in Krisenzeiten das Vertrauen in Banken und andere offizielle Geldtransferkanäle sinkt, was die Einschätzung der realen Abnahme der Rücküberweisungen erschwert. Und schließlich verzerrte der Verfall des Rubels um 25 % im ersten Halbjahr 2009 die Höhe der Transfers von ausländischen Arbeitskräften.

Der Geldabfluss durch Migranten aus Russland in den GUS-Raum reduzierte sich in den ersten neun Monaten 2009 um 33 %. Befragungen von Empfängerhaushalten beispielsweise in Südkirgistan (2009) ergaben eine Abnahme des Geldflusses um 25–40 %. Nach Angaben der Weltbank sanken die Rücküberweisungen nach Kirgistan in den ersten beiden Quartalen 2009 gegenüber demselben Zeitraum 2008 in US-Dollar um 15 % – in Rubelpreisen stiegen sie jedoch sogar noch um 17 %. Für Tadschikistan wurde für das erste Halbjahr 2009 ein Rückgang in US-Dollar um ca. 34 % im Vergleich zum Vorjahr geschätzt, allerdings waren die Rücküberweisungen in 2008 sehr hoch ausgefallen. In Rubel betrug der Rückgang 10 %. Das Volumen der Transfers nach Tadschikistan hatte trotzdem 2009 einen ähnlichen Umfang wie 2007 – sie sanken pro Kopf, ihr Gesamtumfang blieb durch den Zustrom neuer MigrantInnen aber erhalten. Die Arbeitswanderung aus Zentralasien nach Russland scheint nämlich nach dem Schock geschrumpfter Rücküberweisungen im Herbst 2008 sogar noch zugenommen zu haben, um die Ausfälle zu kompensieren. Im Winter 2008–09 reisten mehr junge Männer aus Zentralasien als saisonal üblich nach Russland aus.

Insgesamt erwiesen sich auch in Zentralasien die Rücküberweisungen als einigermaßen krisenresistent – sie sind nicht versiegt. Mit der Erholung der Ölpreise in Russland begannen dann auch die Rücküberweisun-

gen wieder zu steigen. Im April 2010 prognostizierte die Weltbank für 2010 und 2011 eine Erholung mit einem moderaten Anstieg der Geldtransfers in der Region Europa/Zentralasien um 5,4 % bzw. 7,6 %.

Folgen für die Migranten ...

Auch der massenhafte Rückstrom von Arbeitsmigranten aus Russland ist ausgeblieben. Die saisonbedingt hohe, durch die Rezession vergrößerte Zahl an Rückkehrern im Herbst 2008 hat möglicherweise zu schiefen Vorhersagen geführt. Exakte Aussagen, wie viele MigrantInnen krisenbedingt in ihre Heimat zurückkehrten, sind sehr schwierig. Schätzungen von 25–30 % Rückkehrern in ganz Zentralasien stehen neben Angaben, dass nur 10 % der aus Kirgistan stammenden Arbeitskräfte Russland explizit wegen der Krise verließen. 60 % von ihnen wollen bei günstiger Gelegenheit erneut nach Russland aufbrechen.

Vom wirtschaftlichen Einbruch in Russland sind sowohl entlassene als auch in Arbeit befindliche MigrantInnen betroffen. Zu ihren Überlebensstrategien gehört die weitere Senkung ihrer Ansprüche sowohl hinsichtlich des Lohnniveaus als auch der Arbeitszeiten und -konditionen. Sie suchen andere Nischen am Arbeitsmarkt, die für russische Jobsuchende nicht attraktiv sind, und/oder wählen neue, klimatisch und entlohnungsmäßig ungünstigere Destinationen (Nordsibirien und Fernost). Bei Jobverlust scheint das Verharren im Zielland unter Erhalt des sozialen Kapitals der Migranten – Kenntnis lokaler Strukturen, Bewahrung vorhandener Kontakte und Netzwerke – eine rationalere Strategie, als zurückzukehren und später eine erneute Ausreise zu wagen, gerade angesichts der Verschärfungen des russischen Migrationsregimes als Reaktion auf ein angebliches Surplus an ausländischer Arbeitskraft. Hinzu kommt das Risiko, das Geld für eine Neueinreise nicht mehr aufbringen zu können.

Es ist also nicht zum Massenexodus zentralasiatischer Arbeitskräfte aus Russland gekommen, doch die Auswirkungen der Krise haben die Situation für alle MigrantInnen im Zielland verschärft: sie sind verstärkt in Gefahr, dubiose Arbeitsangebote und Vermittlerdienste anzunehmen, die in Menschenhandel, Zwangsarbeitsverhältnissen und -prostitution münden können. Unter den Arbeitssuchenden besteht verschärfte Konkurrenz um knappe Jobangebote, sie sind bereit, noch intensivere Ausbeutung zu akzeptieren.

Der Konjunkturrückgang in Russland war zudem von einer sich rasch entfaltenden populistischen Debatte in den Medien über erhöhte Kriminalität von Seiten arbeitsloser Migranten begleitet – auch wenn das rus-

sische Innenministerium keinen Anstieg ihrer Kriminalitätsrate feststellen konnte. In der Krise wird den »Fremden« die Rolle des Sündenbocks zugewiesen, xenophobische Reaktionen nahmen zu. Bereits 2005 lehnten in einer Studie mehr als zwei Drittel der befragten Russländer Immigration als schlecht für das Land ab. Im Jahre 2008 wurden offiziell 97 fremdenfeindlich-rassistisch motivierte Morde an »Schwarzen«, wie in Russland pejorativ GUS-Bürger aus dem Süden genannt werden, registriert.

... und die Herkunftsgesellschaften

Die Volkswirtschaften Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans sind bislang in die internationalen Finanzmärkte wenig integriert. Die Rezession wirkt(e) sich hier in Form von Exportrückgängen, niedrigeren Steuereinnahmen und der Verringerung der Rücküberweisungen aus. Währungsverfall führte zu Preissteigerungen u. a. bei Brot und anderen Grundnahrungsmitteln, welche die unteren Einkommensgruppen hart treffen, denn Lebensmittel machen 70–80 % der Konsumausgaben der ärmsten Haushalte aus. Sinkende Staatseinnahmen stehen wachsenden Anforderungen an die Sozial- und Beschäftigungspolitik, die Situation einkommensschwacher Familien und rückkehrender Gastarbeiter zu stabilisieren, gegenüber.

In vielen Fällen sind die Familien in Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan auf die Rücküberweisungen ihrer in Russland arbeitenden Angehörigen zum Überleben angewiesen. Laut einer Umfrage (2007) unter Arbeitsmigranten in verschiedenen russischen Städten hingen 17–29 % ihrer Familien zu Hause völlig von den Geldtransfers ab, 35–50 % zur Hälfte und 11–26 % noch zu einem Viertel. Selbst wenn die Rücküberweisungen nicht so stark gesunken sind, so ist doch auf der Ebene individueller Haushalte in den Heimatländern jeder Einkommensrückgang existentiell bedrohlich. Viele Familien haben ein hohes Armutsrisiko, den Ausfall einer Einkommensquelle können sie kaum kompensieren. In Tadschikistan leben ca. 60 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Das Ausbleiben der Geldtransfers hat(te) fatale Folgen. Für die gesamte Region Europa/Zentralasien wird geschätzt, dass die Zahl der Armen und »Armutgefährdeten« erneut um 13 Mio. Menschen gestiegen ist, statt um 15 Mio. zu fallen, wie vor der Krise anvisiert. Besonders betroffen sind Kirgistan und Tadschikistan. Russland kündigte im Februar 2010 Nahrungsmittelhilfe für Tadschikistan an, die hungernden Familien und der Schulspeisung von Kindern zugute kommen sollte. Angesichts dieser Situation bleibt die Arbeitsmigration, auch wenn sie momentan

mit noch größeren Schwierigkeiten verbunden ist, eine der wichtigsten Überlebensstrategien.

Die Reaktionen der Herkunftsländer auf die Krise und ihre Bemühungen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bevölkerungen zu mildern und rückkehrende Migranten mit Arbeit zu versorgen, werden zurückhaltend bewertet. Die tadschikische Regierung versprach die Schaffung von 180.000 neuen Arbeitsplätzen, u. a. beim Bau des Rogun-Staudamms und im Straßenbau. Usbekistan entwickelte 2009 ein Antikrisen-Programm mit Jobangeboten und Mikrokrediten. Ob solche Maßnahmen Wirkung zeigen, ist noch offen.

Ganz aktuell stellt sich die Frage, ob der Rückstrom arbeitsloser junger Männer zur Implosion des Regimes in Kirgistan beigetragen hat. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse nach der »Tulpenrevolution« von 2005 hatten sich dort nicht erfüllt. Die »sozioökonomische Dauerkrise« wurde mit der Ausbreitung der internationalen Finanzkrise und den geschrumpften Geldtransfers noch verschärft, stark angewachsene soziale Ungleichheit und nackte Armut führten zu wachsendem Unmut der Bevölkerung und sozialen Spannungen. Einige Kommentatoren des Umsturzes in Kirgistan erwähnen den Rückgang der Rücküberweisungen aus dem Ausland unter den Faktoren, welche die Bevölkerung an den Rand der Verzweiflung gebracht haben – die Rede ist vom »weit reichenden Fallout der globalen Finanzkrise«. Ob aber frustrierte Re-Migranten ein wichtiges Ferment der Protestbewegung waren, muss genaueren Analysen vorbehalten bleiben. Inwieweit es in den Nachbarländern zu ähnlichen Entwicklungen kommen könnte, ist schwer vorhersagbar, denn hier existieren andere politische Konstellationen.

Lehren aus der Krise

Die Arbeitsmigration aus dem Süden nach Russland (sowie Kasachstan) wird in den kommenden Jahren nicht an Dynamik und Intensität verlieren. Höherer Lebensstandard und Arbeitsmöglichkeiten in den Zielländern und Armut und Unterbeschäftigung in den Herkunftsländern Zentralasiens werden noch auf längere Sicht strukturprägend für das eurasische Migrationssystem bleiben. Die Bevölkerungen Zentralasiens sind sehr jung, die Arbeitsmärkte der Region können die jährlichen Zuwächse nicht absorbieren. In Russland gibt es wegen der schrumpfenden Bevölkerung einen hohen Arbeitskräftebedarf. Herkunfts- und Zielländer sind aufeinander angewiesen und müssen adäquate Kooperationsformen finden. Nach Ansicht von internationalen Organisationen eröffnet die Krise die Chance,

einen einheitlichen Migrationsraum zu institutionalisieren. Überregionale und zwischenstaatliche Abkommen zur Verbesserung des Status und zum Schutz der ArbeitsmigrantInnen sind erforderlich.

Zentral ist eine wesentliche Verbesserung der Migrationsregime. Für die MigrantInnen ist eine Legalisierung ihres Status erstrebenswert, denn die nichtlegale Beschäftigung ist mit immensen Risiken, hohen Transaktionskosten und sozialen Nachteilen verbunden, die sich in der Rezession noch verschärft haben. Die Grauzone der »Schattenarbeit« ist ein Nährboden für diverse, äußerst lukrative Aktivitäten des organisierten Verbrechens wie Schleusertum und Menschenhandel, moderne Sklaverei und Zwangsprostitution. Ihre Eindämmung impliziert ebenfalls Korruptionsbekämpfung und »good governance« in Herkunfts- wie Zielländern.

Mit der Legalisierung einer größeren Anzahl von ArbeitsmigrantInnen ab 2007 hat die russische Regierung nach Ansicht einheimischer Experten ein Umdenken in Richtung eines realitätsgerechteren Migrationsregimes mit humanerem Charakter vollzogen. Die Halbierung der Quoten für ausländische Arbeitskräfte in 2009 sei demgegenüber ein Rückschritt. Diese populistische Reaktion auf die zunehmende Fremdenfeindlichkeit habe nicht dem tatsächlichen Bedarf der russischen Wirtschaft entsprochen, sondern nur die Zahl nicht legal beschäftigter ausländischer Arbeitskräfte erneut angehoben. Die Ausarbeitung einer langfristigen, konsistenten Strategie müsse nun Priorität haben. Vielleicht kündigt sich diese in Äußerungen des Ersten Vizepremierministers der Russländischen Föderation, Igor Schuwalow, an, der für 2010 und vor allem für 2011 wesentliche Änderungen in Aussicht stellte: »Wir brauchen eine zivilisierte Migrationspolitik, die den Menschen ein Gefühl der Würde und nicht der Erniedrigung gibt.«

Zentralasien ist bisher nicht intensiv mit den internationalen Finanzmärkten verflochten, doch ist die Krise in Form einer Export- und Migrationskrise auch dorthin gekommen: über Russland und Kasachstan sind auch Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan in die Globalisierung eingebunden und verwundbar. Die jüngsten Turbulenzen in der Eurozone indizieren, dass die global vernetzte Wirtschaft für neue Instabilitäten anfällig sein könnte.

Der Rückgang der Geldtransfers von MigrantInnen während der Krise hat gezeigt, dass die Strategie des Exports von »überschüssigem Humankapital« und eine zum großen Teil auf Rücküberweisungen basierende Wirtschaft in der jetzigen Form nicht nachhaltig, sondern extrem störanfällig sind. Geldsendungen

können Armut in den Empfängerhaushalten mindern und Konsum stimulieren (allerdings verstärken sie auch soziale Ungleichheit). Sie sind jedoch kein Ersatz für eigene Wachstumsanstrengungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen, wie das Beispiel der Philippinen zeigt. Das Entwicklungspotential der Rücküberweisungen sollte stärker genutzt werden. Verbesserte Bedingungen für die Gründung von Klein- und Mittelbetrieben wie steuerliche Erleichterungen und Kleinkredite, Training und Beratung können den Nutzen der Geldtransfers und die Rückkehrmigration erhöhen. Der Ausbau der praktisch-technischen Berufsausbildung würde es den MigrantInnen erleichtern, bessere Jobs in den Ziellän-

dern zu bekommen und Erfahrungen und Zusatzqualifikationen zu erwerben, die nach der Rückkehr im Herkunftsland produktiv genutzt und weitergegeben werden können. Auch der zirkuläre Charakter der Migration spricht für diesen Ansatz: der überwiegende Teil der ArbeitsmigrantInnen beabsichtigt nämlich eigentlich nicht, auf Dauer das Herkunftsland zu verlassen. Wird jedoch die Rückkehrmigration nicht gefördert, so setzt sich nicht nur der »brain drain« aus den Sendeländern fort, sondern sie verlieren die dynamischsten Angehörigen ihrer jüngeren Generationen.

Über die Autorin:

Brigitte Heuer, Sozialwissenschaftlerin, freie Mitarbeiterin und Lehrbeauftragte am Institut für Turkologie der Freien Universität Berlin; Lehrtätigkeit am Osteuropa-Institut der FU Berlin und Zentralasien-Seminar der Humboldt-Universität zu Berlin; Forschungsaufenthalte in Zentralasien; Publikationen zu Ethnizität, Sprachenpolitik, Bildungsfragen, Migration, Gender in Zentralasien.

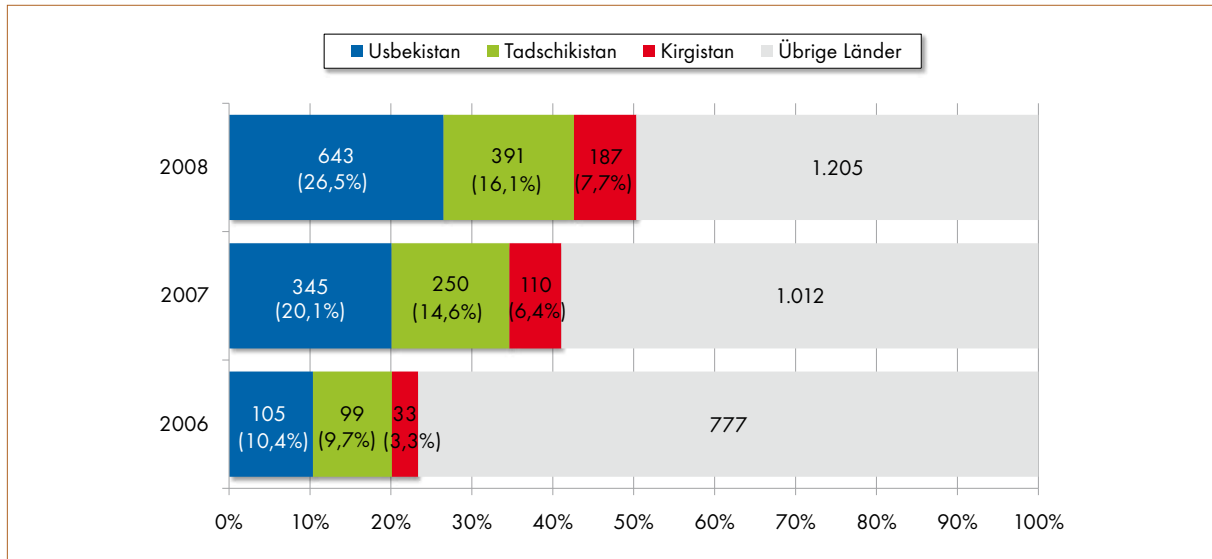
Lesetipps:

- International Crisis Group, Central Asia: Migrants and the Economic Crisis. Asia Report No. 183, 5 January 2010, = <http://www.crisisgroup.org>
- Irina Ivachnjukh, Wlijanie ekonomitscheskogo krisisa na migracionnye tendenzii i migracionnuju politiku w Rossijskoj Federazii i regione Wostotschnoj Evropy i Zentralnoj Asii [Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Migrationstendenzen und Migrationspolitik in der Russischen Föderation und in der Region Osteuropa und Zentralasien], Moskau 2009 (IOM), = http://www.iomrussia.ru/russian/publications/Analytical_report_lvakhnyuk_ru.pdf (auf Englisch erschienen als »The Impact of the Economic Crisis on Migration Trends and Migration Policy in the Russian Federation and the Eastern Europe and Central Asia Area«)
- Erica Marat, Labor Migration in Central Asia: Implications of the Global Economic Crisis. Silk Road Paper, May 2009, = http://www.isdp.eu/images/stories/isdp-main-pdf/2009_marat_labor-migration-in-central-asia.pdf
- OSCE, ACTED and EC, Impact of the Global Financial Crisis on Labour Migration from Kyrgyzstan to Russia. Qualitative overview and quantitative survey, Bishkek 2009, = https://www.osce.org/documents/cib/2009/11/41641_en.pdf

Tabellen und Grafiken zum Text

Statistiken zur Arbeitsmigration aus den zentralasiatischen Ländern

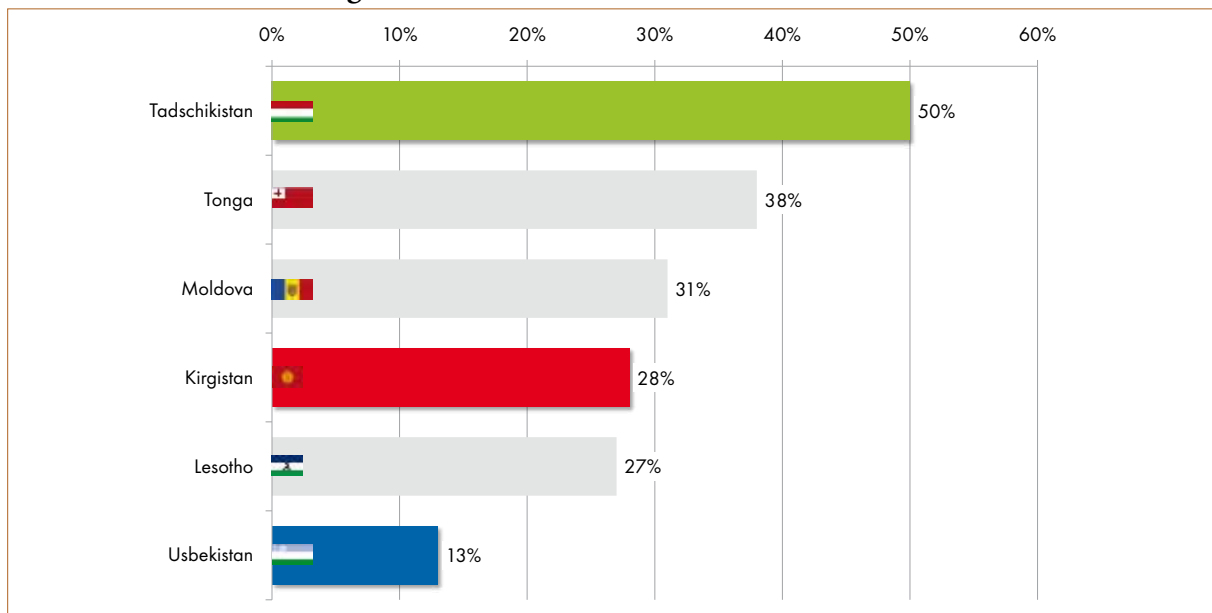
Herkunftsländer von legalen Arbeitsmigranten in Russland (Zahl der ausgestellten Arbeitsgenehmigungen in 1.000)



Anm.: Ohne nichtlegalisierte Arbeitskräfte

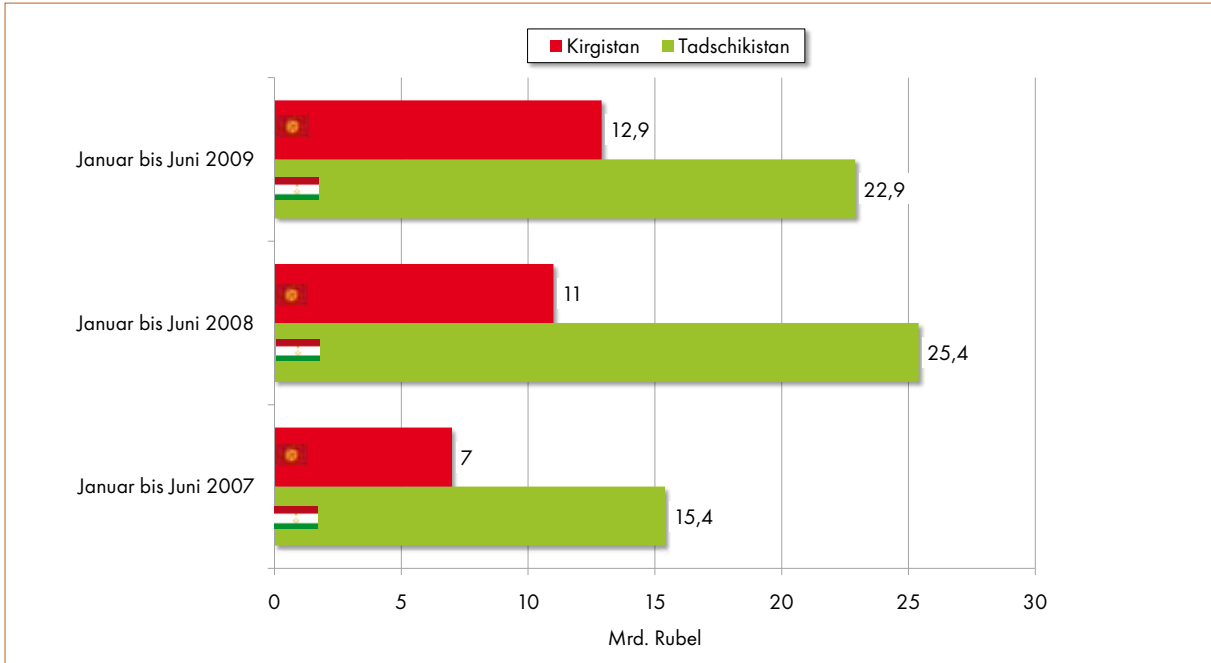
Quelle: Irina Ivachnjukh, *Wlijanie ekonomitscheskogo krisisa na migracionnyje tendenzii i migracionnuju politiku w Rossijkoj Federazii i regione Wostotschnoj Evropj i Zentralnoj Asii*, Moskau 2009 (IOM), Tabelle 1, S. 70, = http://www.iomrussia.ru/russian/publications/Analytical_report_lvakhnyuk_ru.pdf

Höhe der Rücküberweisungen im Verhältnis zum BIP



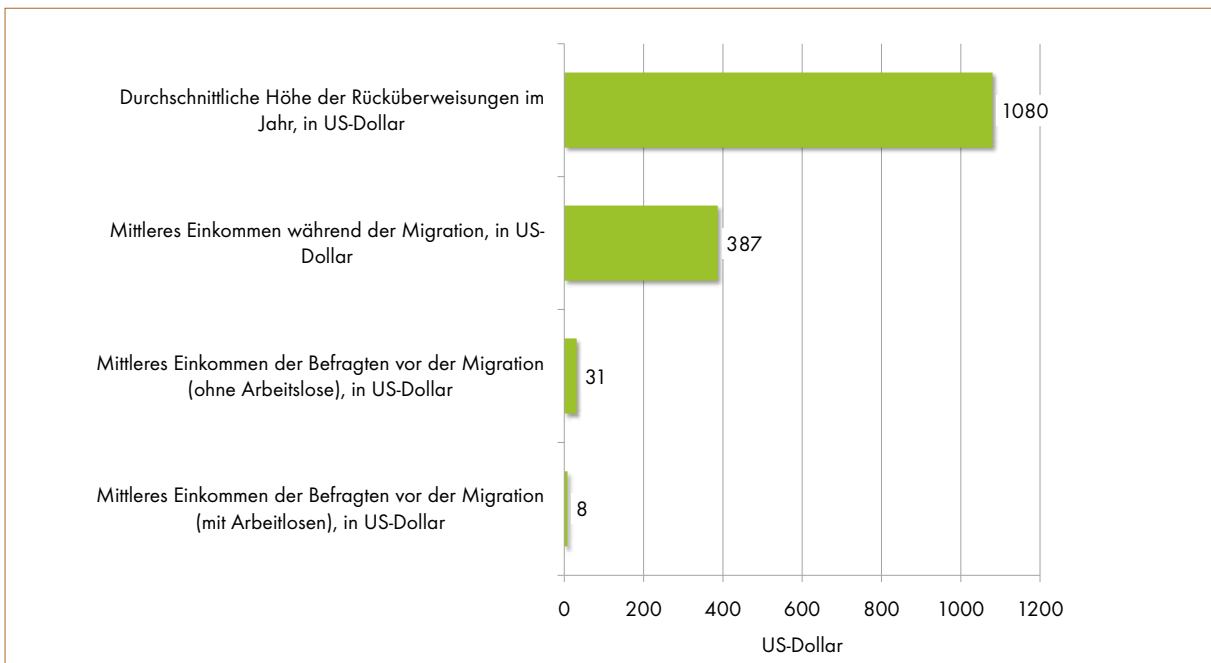
Quelle: World Bank Migration and Development Brief No. 11; <http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/MigrationAndDevelopmentBrief11.pdf>; World Bank Remittances Data

Höhe der Rücküberweisungen (in Mrd. Rubel)



Quelle: World Bank Migration and Development Brief No. 11; <http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/MigrationAndDevelopmentBrief11.pdf>

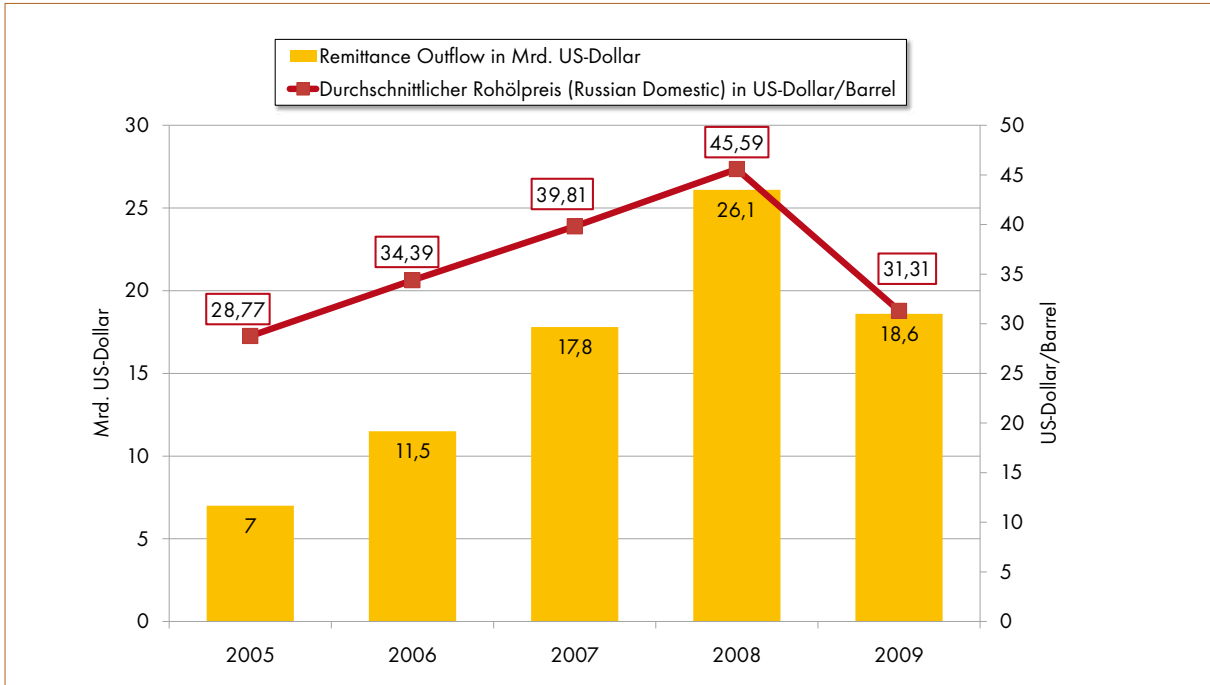
Monatseinkommen im ländlichen Tadschikistan vor und während der Migration, 2007–2008



Anm.: Daten sind nicht repräsentativ für alle ländlichen Regionen Tadschikistans

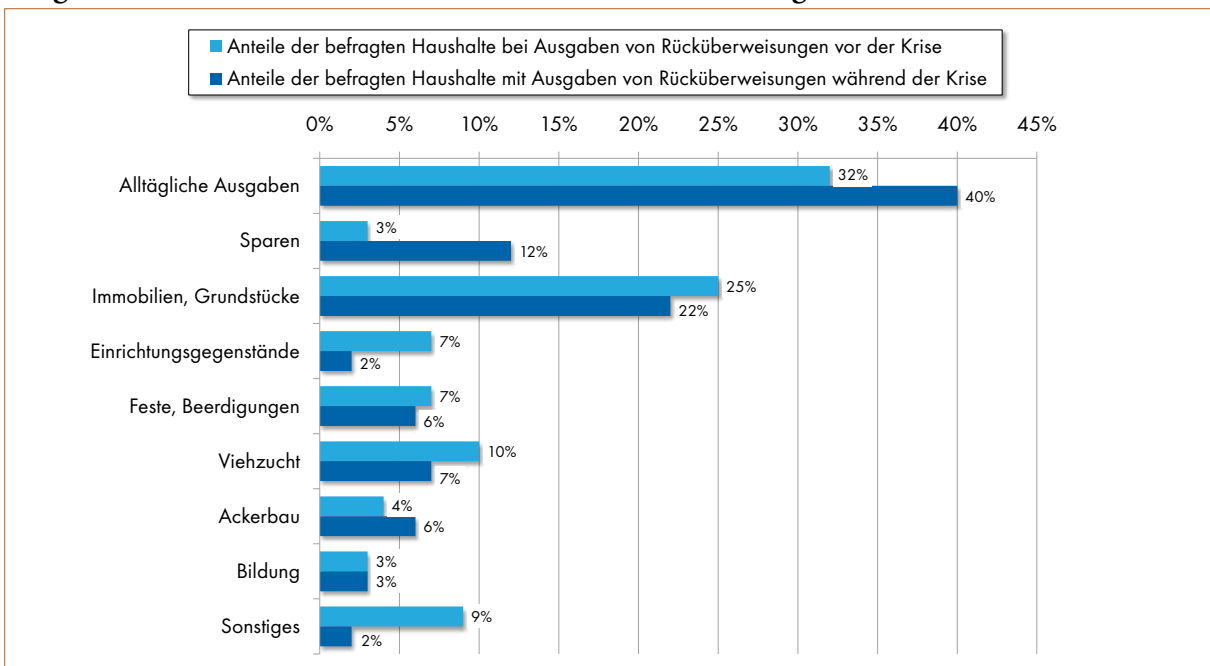
Quelle: IOM Tajikistan: Economic Dynamics of Labour Migrants' Remittances in Tajikistan. Dushanbe 2009. S.55f; <http://www.iom.tj/publications/Economic%20Dynamics%20of%20migrants%27%20remittances%20in%20Tajikistan.pdf>

Remittance Outflow Russlands und Entwicklung des Rohölpreises (2005–2009)



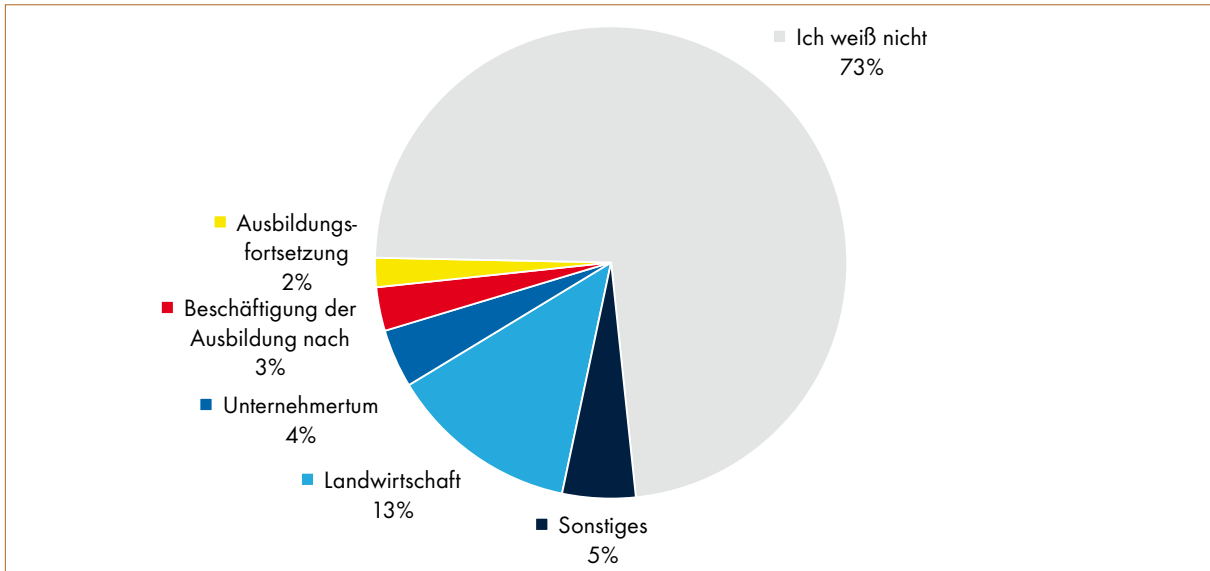
Quelle: World Bank Prospects Migration and Remittances, <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:21121930~menuPK:3145470~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.html>; BP Trading Conditions Update, http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/STAGING/global_assets/downloads/l/IC_tcu_crude_marker_archive.pdf

Ausgabenstruktur für Remittances durch Haushalte in Südkirgistan vor und während der Krise



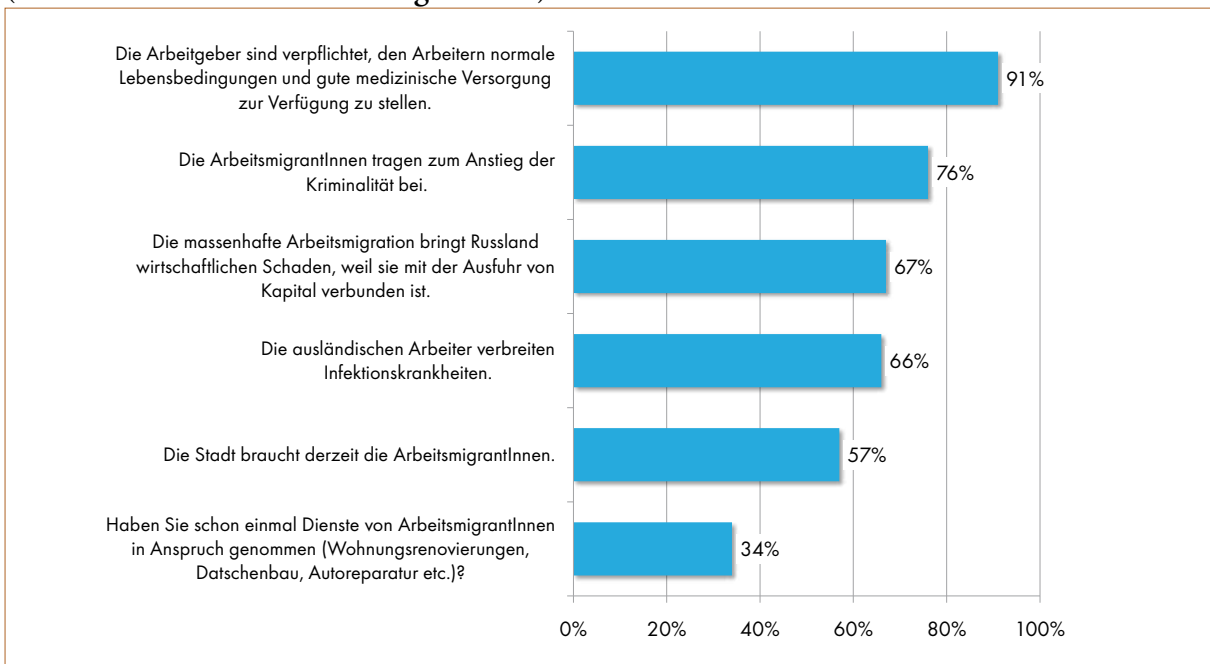
Quelle: OSCE, ACTED and European Commission 2009: Impact of the Global Financial Crisis on Labour Migration from Kyrgyzstan to Russia; https://www.osce.org/documents/cib/2009/11/41641_en.pdf

Beschäftigungsmöglichkeiten für Migranten in Südkirgistan nach der Rückkehr (Anteil der Befragten in %)



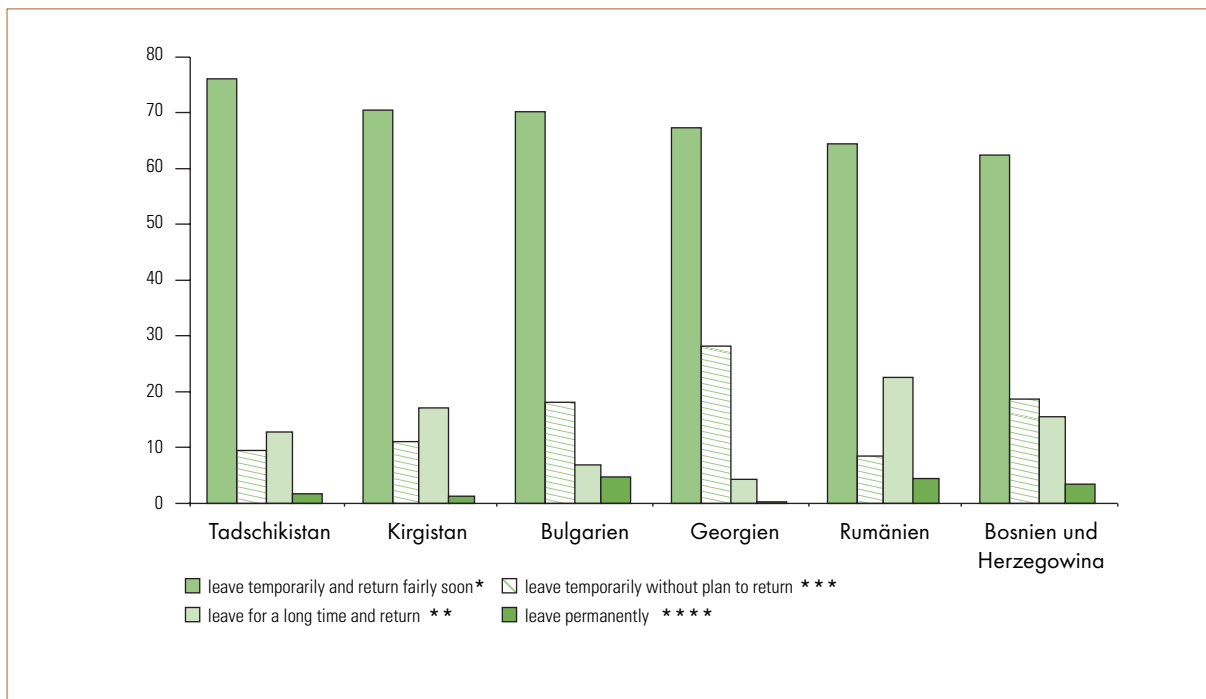
Quellen: OSCE, ACTED and European Commission 2009: *Impact of the Global Financial Crisis on Labour Migration from Kyrgyzstan to Russia*; https://www.osce.org/documents/cib/2009/11/41641_en.pdf

Ausgewählte Umfrageergebnisse zum Verhältnis von Moskauern zu ArbeitsmigrantInnen (Anteil der zustimmenden Befragten in %)



Quelle: o.V.: *Die Stadt [Moskau] bracht ArbeitsmigrantInnen – aber sie schaden der Wirtschaft der Russischen Föderation – eine Untersuchung*. RIA Nowosti, 27. April 2010 <http://www.rian.ru/economy/20100427/227277032.htm>; Umfrage der »Agentur für Sozialtechnologie «Politech«, im Auftrag der Gesellschaftlichen Kammer der RF unter der hauptstädtischen Bevölkerung, Mai 2008 und Februar 2010]

Migranten bevorzugen kurzzeitige gegenüber langfristiger Migration (Anteil der Befragten)



* Ich möchte mein Land für eine Weile verlassen und ziemlich bald zurückkehren

** Ich möchte mein Land für eine lange Zeit verlassen und zurückkehren

*** Ich möchte mein Land für eine Weile verlassen, ohne Plan zur Rückkehr

**** Ich möchte mein Land für immer verlassen

Quelle: Umfrage der Weltbank unter Migranten, veröffentlicht in: Ali Mansoor und Bryce Quillin (Hg.), *Migration and Remittances. Eastern Europe and the Former Soviet Union*, Washington DC 2007, S. 18, http://siteresources.worldbank.org/INTECA/Resources/257896-1167856389505/Migration_FullReport.pdf

© International Bank for Reconstruction and Development, The World Bank; Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung

Dokumentation

Stillstand auf niedrigem Niveau?

Die zentralasiatischen Staaten in den neuesten politischen Länderrankings

Vor genau einem Jahr haben wir Ihnen zuletzt die Stellung der zentralasiatischen Staaten in den bekanntesten internationalen Länderrankings ausführlich vorgestellt. Inzwischen sind von mehreren Organisationen neue Ergebnisse veröffentlicht worden, auch ein aktueller Bertelsmann Transformation Index (BTI) liegt in diesem Jahr wieder vor. Dafür gibt es keine neuen Zahlen für die Worldwide Governance Indicators und Global Integrity hat 2009 die zentralasiatischen Staaten nicht erfasst. Die folgende Zusammenstellung soll Ihnen auch in diesem Jahr die Möglichkeit geben, die Stellung der zentralasiatischen Staaten (und ihrer Nachbarn Russland und China) in diesen Rankings im Gesamtzusammenhang anzuschauen und zu vergleichen.

Bezüglich ihrer Einordnung und der daraus zu ziehenden Schlüsse sei hier noch einmal wiederholt: Alle politikbezogenen Länderratings beziehen sich vorrangig auf die Ideale von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaat und bewerten, wie nah einzelne Länder diesen Idealen kommen. Perfekte rechtsstaatliche Demokratien würden so die Bestnote erhalten, während autoritäre Regime grundsätzlich am Ende der Ranglisten stehen. In einigen Ratings werden allerdings zusätzlich noch die Managementleistung der Herrschenden oder sozioökonomische und wirtschaftspolitische Indikatoren aufgenommen.

Die meisten Ratings basieren auf der Einschätzung von Experten. In der Regel erstellen ein oder zwei Experten jeweils ein Ländergutachten, das dann von einigen weiteren Experten begutachtet und bei Bedarf korrigiert wird. Die Experten sind dabei meist als Wissenschaftler oder Journalisten gut mit dem jeweiligen Land vertraut. Alternativ werten einige Indizes, wie etwa der Corruption Perception Index von Transparency International, Meinungsumfragen unter der Bevölkerung oder unter Wirtschaftsvertretern aus. In Reaktion auf die zunehmende Zahl von Indizes hat die Weltbank einen Metaindex gebildet. Die Worldwide Governance Indicators fassen die Ergebnisse von insgesamt 31 Indizes in einem neuen Index zusammen.

Die Aussagekraft dieser Ratings ist umstritten. Während viele Wissenschaftler mit Länderratings arbeiten, um Demokratisierungsprozesse international zu vergleichen und Einflussfaktoren für erfolgreiche Transformationen zu identifizieren, bezeichnen andere die Ratings bestenfalls als PR-Gag und schlimmstenfalls als Täuschungsmanöver. Besonders deutlich zeigt sich die begrenzte Aussagekraft beim Vergleich verschiedener Indizes, die das Gleiche messen wollen. Die unterschiedlichen Ratings zu Medienfreiheit und Korruption weichen in ihren Einschätzungen des Ist-Zustands und vor allem der Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg oft erheblich voneinander ab. Ein Problem der Länderratings liegt darin, dass ihre verkürzte und sprachlich ungenaue Wiedergabe in den Medien ihren Erklärungswert überstrapaziert.

Wichtiger noch als methodische Fragen der Indexbildung ist aber für die Aussagekraft aller Länderratings, dass sie auf den subjektiven Einschätzungen von Experten beruhen. Diese Experten haben in der Regel keinen Zugang zu zusätzlichen, öffentlich nicht zugänglichen Informationsquellen, sondern beziehen ihre Einschätzungen aus Medien und ihren persönlichen Erfahrungen als Wissenschaftler, Journalisten oder Wirtschaftsvertreter. Gleichzeitig haben die Experten, da sie in der Regel auf ein Land konzentriert sind, nur begrenzte Vergleichsmöglichkeiten. Es ist daher keineswegs sicher, dass zwei Experten für unterschiedliche Länder den gleichen Zustand mit der gleichen Note beschreiben.

Vergleicht man die aktuellen Zahlen mit denen des vergangenen Jahres muss man bei der Mehrzahl der Indikatoren einen Gleichstand bzw. eine leichte Verschlechterung konstatieren. Zwar wird man das nicht in der Absolutheit der Zahlen, aber doch im Trend als tatsächliche leichte Verschlechterung der politischen Situation betrachten müssen.

Beate Eschment und Heiko Pleines

Politikbezogene Länderrankings im Überblick

Zusammengestellt von Stefan Forstmeier, Christina Hinz, Kateryna Malyhina, Jana Matischok, Ksenia Pacheco und Heiko Pleines

Bertelsmann Transformation Index (BTI)	14
Freedom House: Freedom in the World	16
Freedom House: Freedom of the Press	17
Freedom House: Nations in Transit	18
Press Freedom Index	23
Corruption Perceptions Index	24

Verzeichnis der Grafiken

Grafik 1: BTI Statusindex 2010. Indexwerte und Platzierungen	14
Grafik 2: BTI Management-Index 2010	15
Grafik 3: Freedom in the World: Political Rights 2010	16
Grafik 4: Freedom in the World: Civil Liberties 2010	17
Grafik 5: Freedom House: Freedom of the Press 2010	18
Grafik 6: Freedom House: Freedom of the Press 1994–2010	18
Grafik 7: Nations in Transit: Nationales Regierungssystem 2009	19
Grafik 8: Nations in Transit: Wahlen 2009	19
Grafik 9: Nations in Transit: Wahlen 1997–2009	19
Grafik 10: Zivilgesellschaft 2009	20
Grafik 11: Nations in Transit: Zivilgesellschaft 1997–2009	20
Grafik 12: Nations in Transit: Medien 2009	20
Grafik 13: Nations in Transit: Medien 1997–2009	21
Grafik 14: Nations in Transit: Lokale Selbstverwaltung 2009	21
Grafik 15: Nations in Transit: Rechtsstaat 2009	21
Grafik 16: Nations in Transit: Rechtsstaat 1997–2009	22
Grafik 17: Nations in Transit: Korruption 2009	22
Grafik 18: Nations in Transit: Korruption 1999–2009	22
Grafik 19: Press Freedom Index 2009: Indexwert und Platzierung	23
Grafik 20: Press Freedom Index 2002–2009	23
Grafik 21: Corruption Perceptions Index 2009: Indexwert und Platzierung	24
Grafik 22: Corruption Perceptions Index 1998–2009	24

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: BTI Status-Index 2003–2010. Indexwerte und Platzierungen	15
Tabelle 2: BTI Management-Index 2003–2010. Indexwerte und Platzierungen	15
Tabelle 3: Freedom in the World: Political Rights 2002–2010	16
Tabelle 4: Freedom in the World: Civil Liberties 2002–2010	17

Bertelsmann Transformation Index (BTI)

Erstellt von: Bertelsmann Stiftung (Gütersloh, Deutschland)

Seit: 2003

Häufigkeit: alle 2 Jahre (bisher 2003, 2006, 2008, 2010)

Daten beziehen sich auf den Zeitraum bis zum Beginn des Vorjahres

Erfasste Länder: derzeit

Internetadresse: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>

Kurzbeschreibung:

Ausführliche Ländergutachten zu 125 Transformations- und Entwicklungsländer mit mehr als 2 Millionen Einwohnern informieren über Entwicklungsstand, Problemlagen und Steuerungsleistungen, die den Bewertungen jedes Landes zugrunde liegen. Die Ländergutachten werden von externen Länderexperten verfasst und in der Regel unter der Beteiligung von Experten aus den untersuchten Staaten kommentiert und überarbeitet. Die Ergebnisse zeigen Erfolgsfaktoren und Strategien in einzelnen Staaten auf. Durch die umfassende Standardisierung der Untersuchung erlauben sie gezielte Vergleiche von Reformpolitik. Die Länderbewertung erfolgt im Status-Index und im Management-Index.

Der Status-Index bildet den Mittelwert aus den Ergebnissen der Dimensionen »Politische Transformation« und »Transformation zur Marktwirtschaft«. Politische Transformation erfasst über 17 Indikatoren folgende fünf Kriterien: Staatlichkeit; Politische Partizipation; Rechtsstaatlichkeit; Stabilität demokratischer Institutionen; Politische und gesellschaftliche Integration. Wirtschaftliche Transformation erfasst über 14 Indikatoren folgende sieben Kriterien: Sozioökonomische Entwicklungsniveau; Markt- und Wettbewerbsordnung; Währungs- und Preisstabilität; Privateigentum; Sozialstaat; Leistungsstärke der Volkswirtschaft; Nachhaltigkeit. Die Werte für die einzelnen Indikatoren und damit auch der Statusindex als Mittelwert reichen von 1 bis 10, wobei 10 die höchste Bewertung ist.

Grafik 1: BTI Statusindex 2010. Indexwerte und Platzierungen

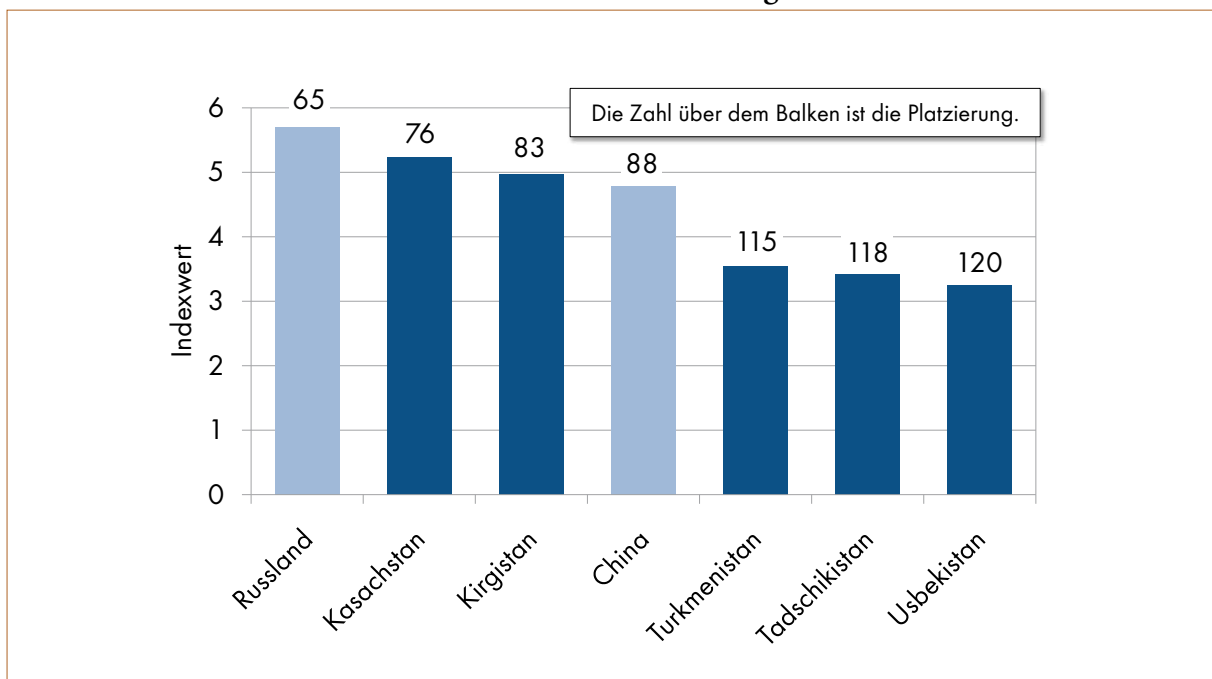
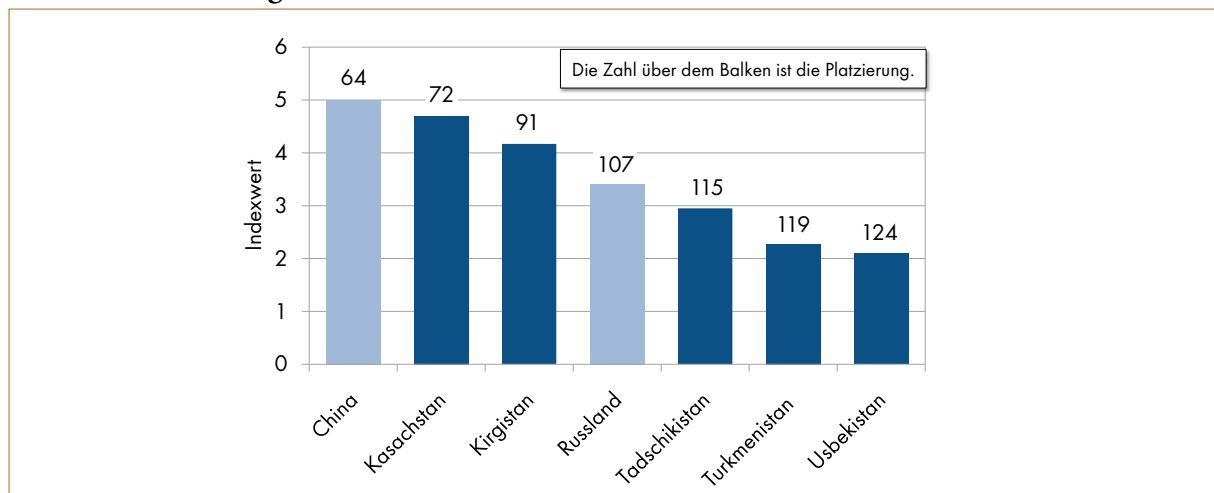


Tabelle 1: BTI Status-Index 2003–2010. Indexwerte und Platzierungen

	2003 Indexwert (Platzierung)	2006 Indexwert (Platzierung)	2008 Indexwert (Platzierung)	2010 Indexwert (Platzierung)
Russland	6,0 (41.)	6,14 (47.)	5,94 (59.)	5,70 (65.)
Kasachstan	5,1 (61)	5,48 (66.)	5,53 (68.)	5,24 (76.)
Kirgistan	4,5 (69.)	4,76 (78.)	5,80 (63.)	4,97 (83.)
China	4,2 (77.)	4,42 (85.)	4,70 (85.)	4,79 (88.)
Turkmenistan	3,3 (96.)	3,20 (109.)	3,39 (115.)	3,55 (115.)
Tadschikistan	3,2 (100.)	3,50 (102.)	3,80 (106.)	3,42 (118.)
Usbekistan	3,4 (93.)	3,46 (103.)	3,68 (111.)	3,25 (120.)

Kurzbeschreibung Management-Index:

Der Management-Index bewertet die Management-Leistungen der politischen Entscheidungsträger unter Berücksichtigung des Schwierigkeitsgrads. Der Indexwert ergibt sich aus der Management-Leistung, multipliziert mit einem vom Schwierigkeitsgrad abhängigen Faktor. Die »Management-Leistung« ergibt sich aus dem Mittelwert der Bewertungen zu folgenden Kriterien: Gestaltungsfähigkeit; Ressourceneffizienz; Konsensbildung; Internationale Zusammenarbeit. Der Grad der Schwierigkeit von politischer und wirtschaftlicher Transformation wird aus 6 Indikatoren errechnet, die strukturelle Rahmenbedingungen, zivilgesellschaftliche Traditionen, die Intensität gesellschaftlicher Konflikte, das Bildungsniveau, die Wirtschaftsleistung sowie die institutionelle Kapazität des Staates bewerten.

Grafik 2: BTI Management-Index 2010

Tabelle 2: BTI Management-Index 2003–2010. Indexwerte und Platzierungen

	2003 Indexwert (Platzierung)	2006 Indexwert (Platzierung)	2008 Indexwert (Platzierung)	2010 Indexwert (Platzierung)
China	4,4 (55.)	4,48 (70.)	4,92 (67.)	5,00 (64.)
Kasachstan	3,3 (76.)	4,13 (82.)	4,69 (76.)	4,70 (72.)
Kirgistan	3,4 (75.)	4,17 (80.)	4,67 (77.)	4,17 (91.)
Russland	5,5 (31.)	3,84 (87.)	3,84 (98.)	3,41 (107.)
Tadschikistan	3,3 (76.)	4,48 (70.)	4,46 (88.)	2,95 (115.)
Turkmenistan	1,0 (110.)	1,83 (116.)	2,00 (121.)	2,28 (119.)
Usbekistan	1,5 (104.)	2,17 (112.)	2,24 (117.)	2,10 (124.)

Freedom House: Freedom in the World

Erstellt von: Freedom House (Washington, USA)

Seit: 1972

Häufigkeit: jährlich

Daten sind für das Vorjahr

Erfasste Länder: derzeit 193

Internetadresse: <http://freedomhouse.org>

Kurzbeschreibung:

Die Kernforschungsgruppe erstellt gemeinsam mit beratenden Analysten Berichte für alle erfassten Länder. Dabei wird eine breite Palette an Datenquellen einbezogen: in- und ausländische Informationen, wissenschaftliche Analysen, Ergebnisse von NGOs und Expertenkommissionen, individuelle berufliche Kontakte und Besuche der jeweiligen Regionen. Die Bewertung erfolgt in den Kategorien politische Rechte und bürgerliche Rechte (Menschenrechte) jeweils auf einer Skala von 1 (frei) bis 7 (nicht frei).

Grafik 3: Freedom in the World: Political Rights 2010

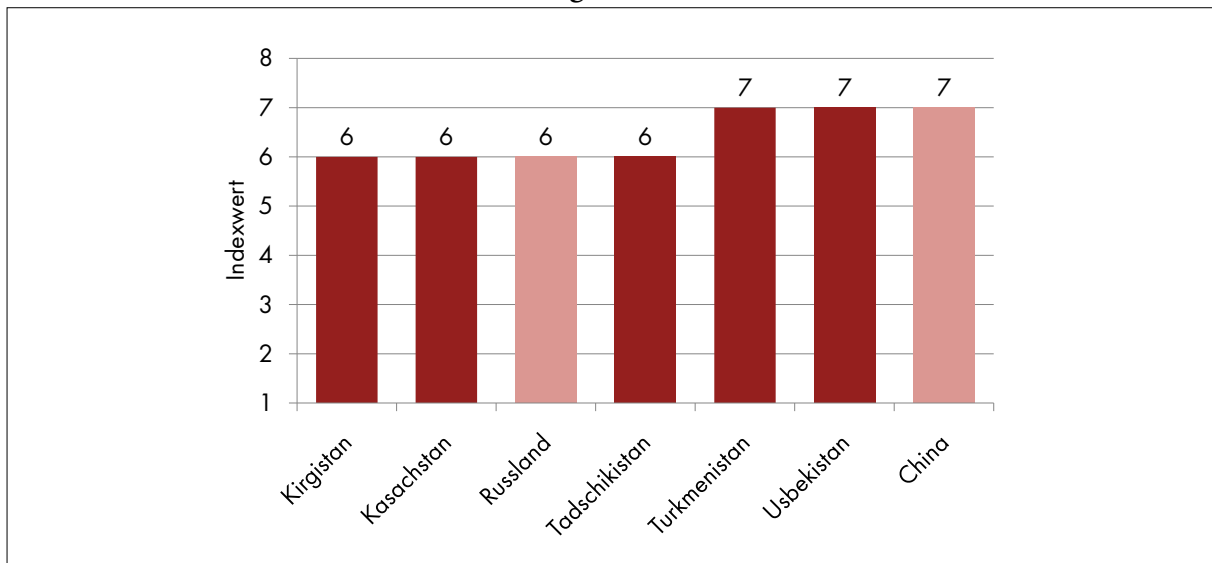


Tabelle 3: Freedom in the World: Political Rights 2002–2010

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kirgistan	6	6	6	6	5	5	5	5	6
Kasachstan	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Aserbaidshjan	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Russland	5	5	5	6	6	6	6	6	6
Tadschikistan	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Turkmenistan	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Usbekistan	7	7	7	7	7	7	7	7	7
China	7	7	7	7	7	7	7	7	7

Grafik 4: Freedom in the World: Civil Liberties 2010

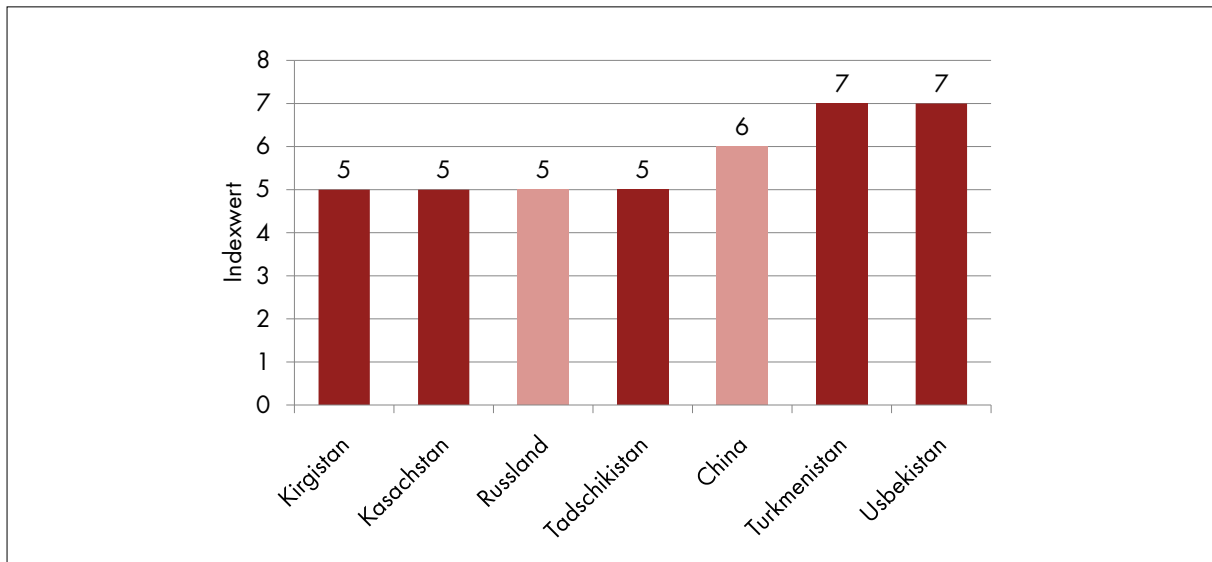


Tabelle 4: Freedom in the World: Civil Liberties 2002–2010

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kirgistan	5	5	5	5	4	4	4	4	5
Kasachstan	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Russland	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Tadschikistan	6	5	5	5	5	5	5	5	5
China	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Turkmenistan	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Usbekistan	6	6	6	6	7	7	7	7	7

Freedom House: Freedom of the Press

Erstellt von: Freedom House (Washington, USA)

Seit: 1980

Häufigkeit: jährlich

Daten sind für das Vorjahr

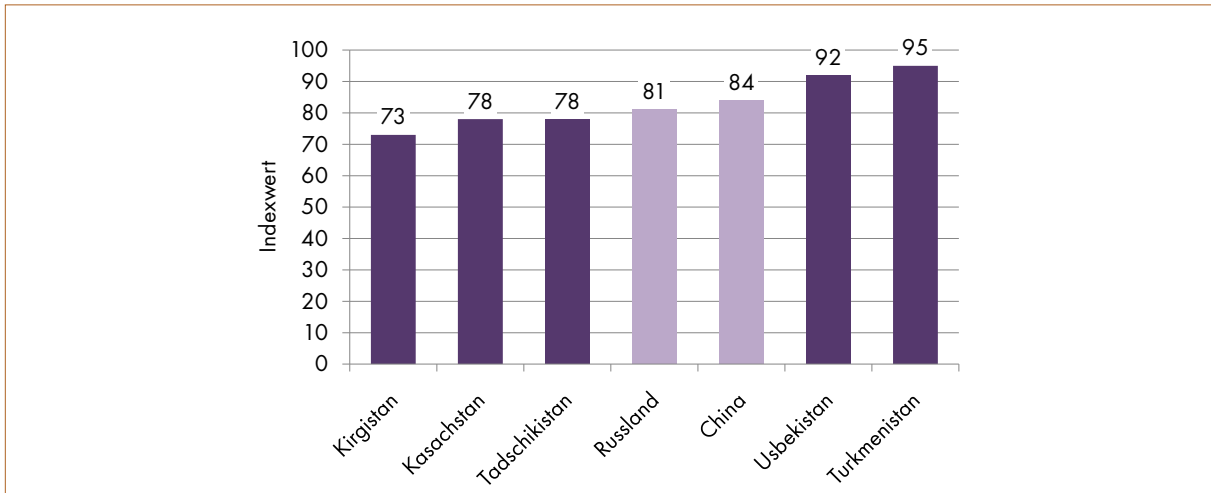
Erfasste Länder: derzeit 195

Internetadresse: <http://freedomhouse.org>

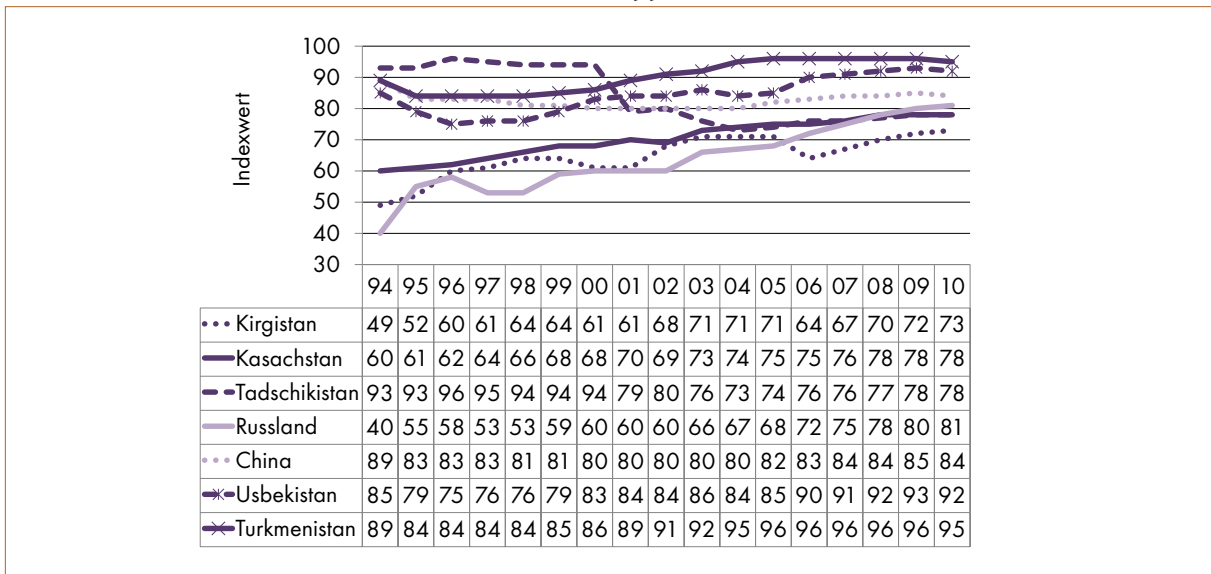
Kurzbeschreibung:

Die Bewertung erfolgt durch Experten auf einer Skala von 0 bis 100, wobei die Medien bei Werten von 0–30 als frei, von 31–60 als teilweise frei und von 61–100 als unfrei beschrieben werden. Printmedien und Rundfunk (Radio und Fernsehen) werden getrennt erfasst, wobei jeweils die drei Bereiche gesetzliche Regelung, politische Einflussnahme und wirtschaftlicher Druck bewertet werden. Der Länderwert wird als einfacher Durchschnitt gebildet.

Grafik 5: Freedom House: Freedom of the Press 2010



Grafik 6: Freedom House: Freedom of the Press 1994–2010



Freedom House: Nations in Transit

Erstellt von: Freedom House (Washington, USA)

Seit: 1997

Häufigkeit: jährlich

Daten sind für das Vorjahr

Erfasste Länder: derzeit 29 post-sozialistische Staaten

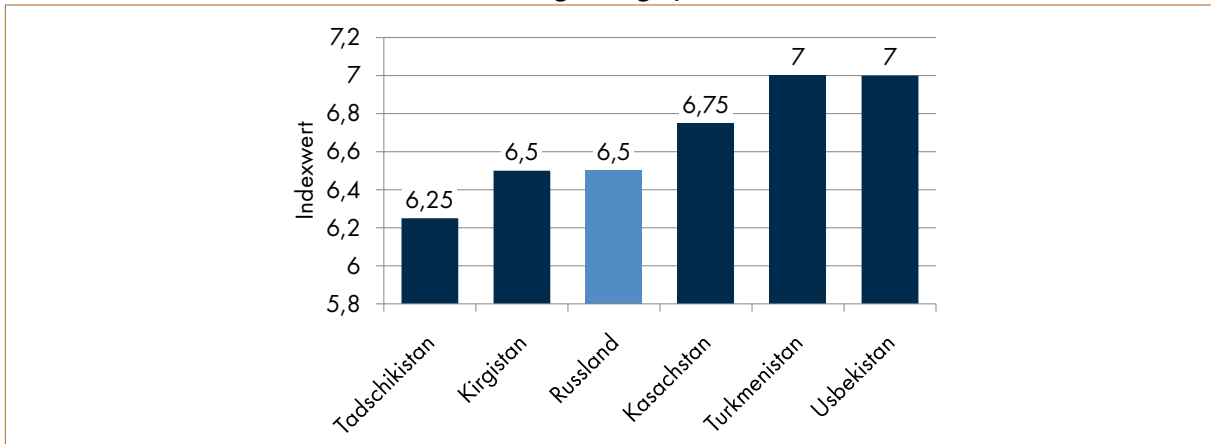
Internetadresse: <http://freedomhouse.org>

Kurzbeschreibung:

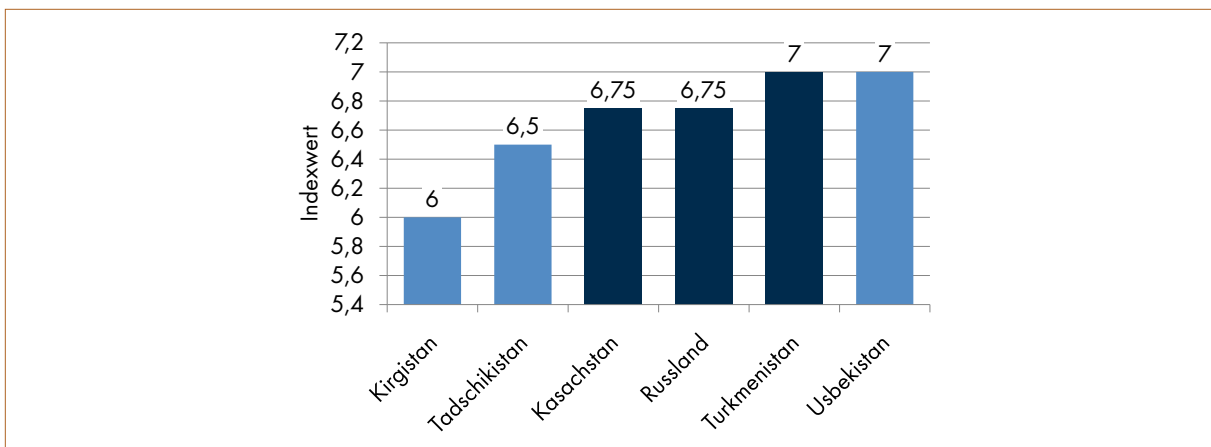
Die Bewertung basiert auf dem Länderbericht eines Experten, der folgende sieben Bereiche analysiert: nationales Regierungssystem, Wahlen, Medien, lokale Selbstverwaltung, Zivilgesellschaft; Rechtsstaatlichkeit, Korruption. Amerikani-

sche sowie zentral- und osteuropäische wissenschaftliche Berater evaluieren und überprüfen die Berichte auf Genauigkeit, Objektivität und vollständige Informationen. Die Länderbewertungen spiegeln den Konsens von Freedom House, Nation in Transit und den Autoren wider. Die Bewertung erfolgt auf einer Skala 1 (demokratisch) bis 7 (autoritär).

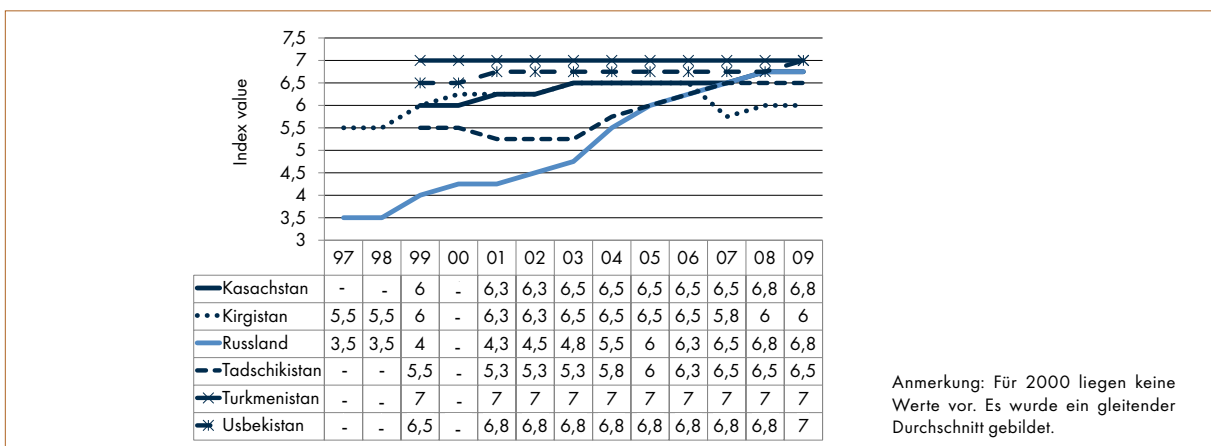
Grafik 7: Nations in Transit: Nationales Regierungssystem 2009



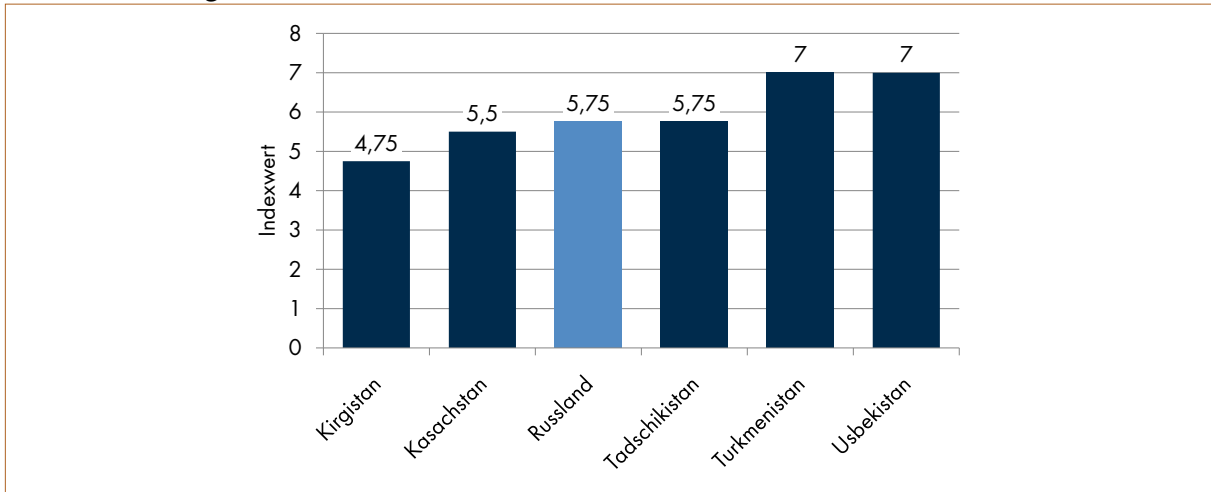
Grafik 8: Nations in Transit: Wahlen 2009



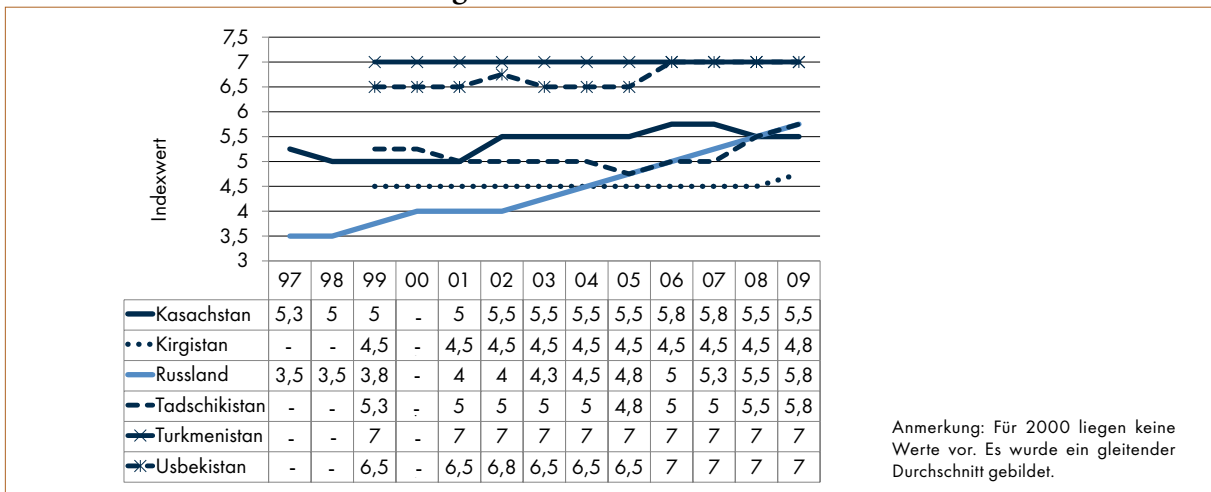
Grafik 9: Nations in Transit: Wahlen 1997–2009



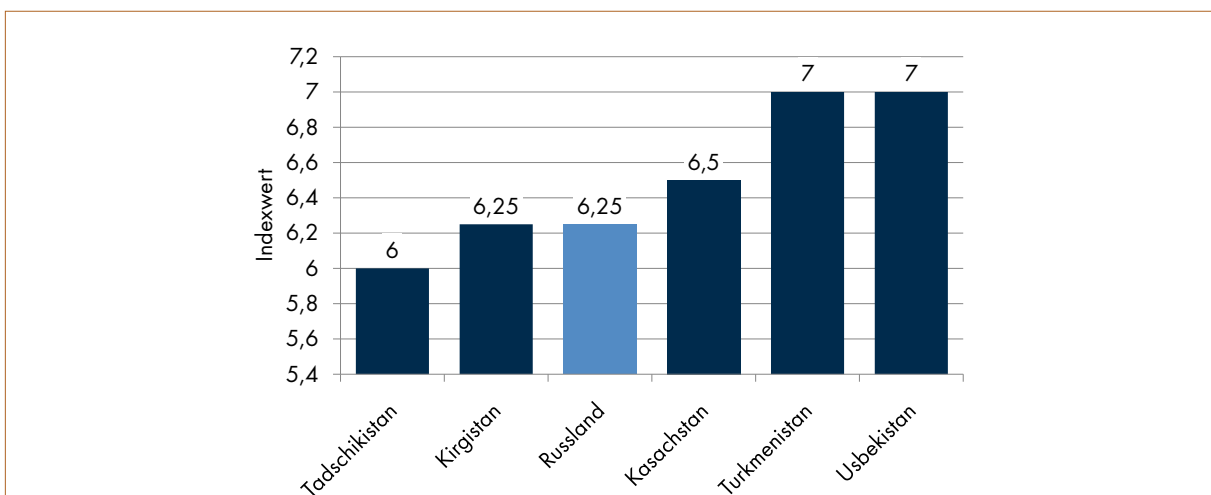
Grafik 10: Zivilgesellschaft 2009



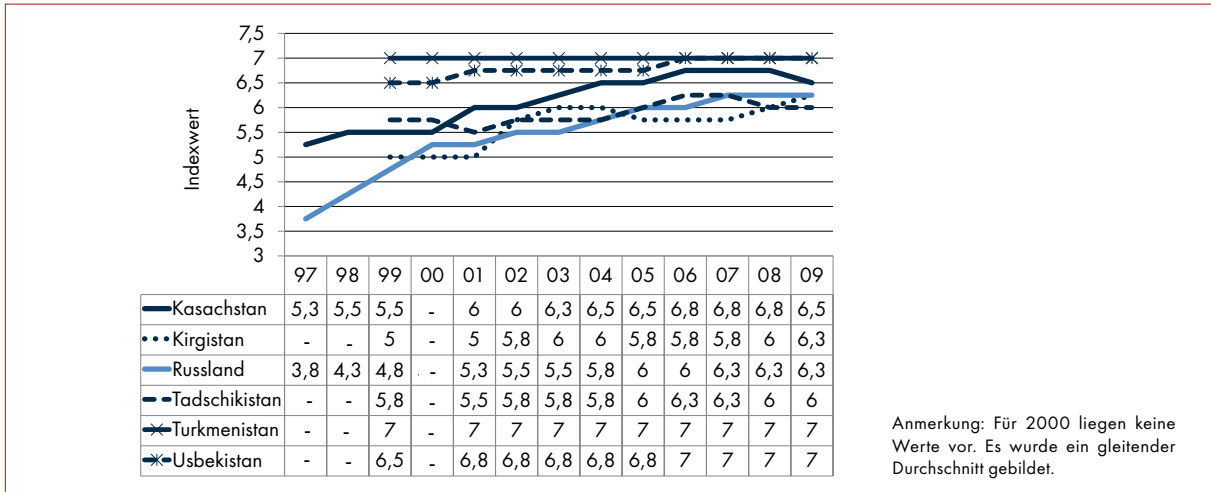
Grafik 11: Nations in Transit: Zivilgesellschaft 1997–2009



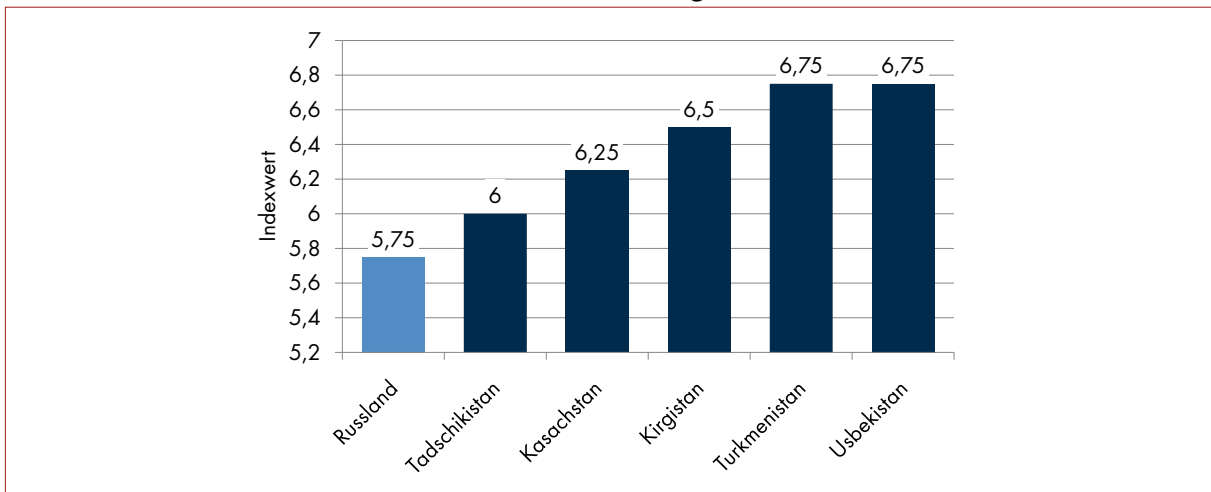
Grafik 12: Nations in Transit: Medien 2009



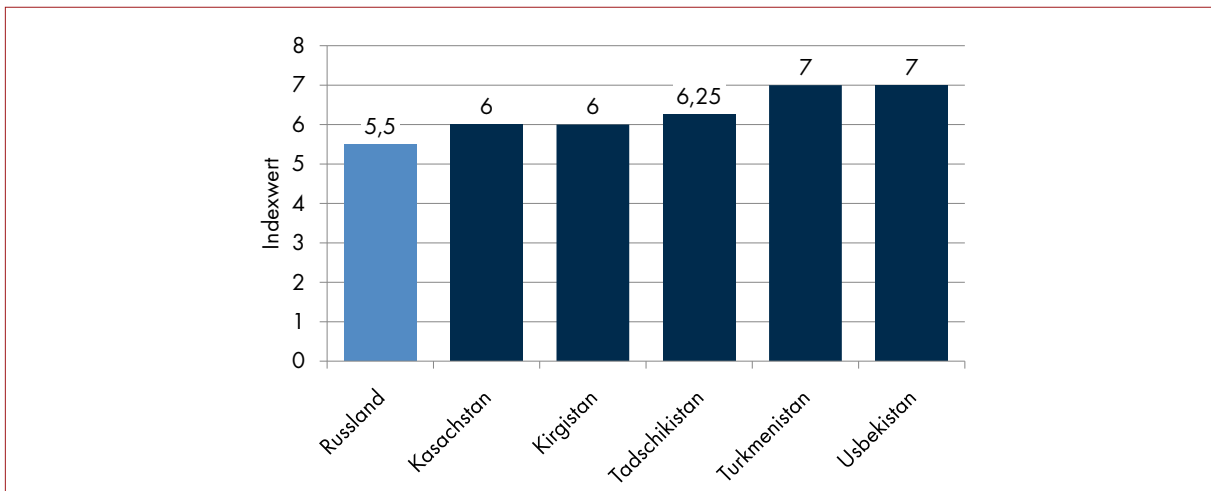
Grafik 13: Nations in Transit: Medien 1997–2009



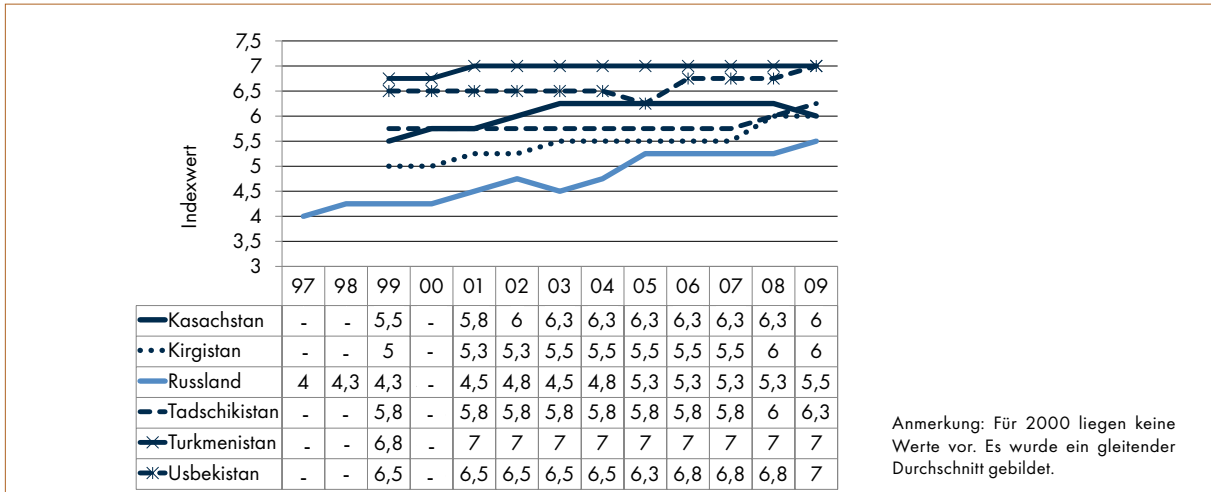
Grafik 14: Nations in Transit: Lokale Selbstverwaltung 2009



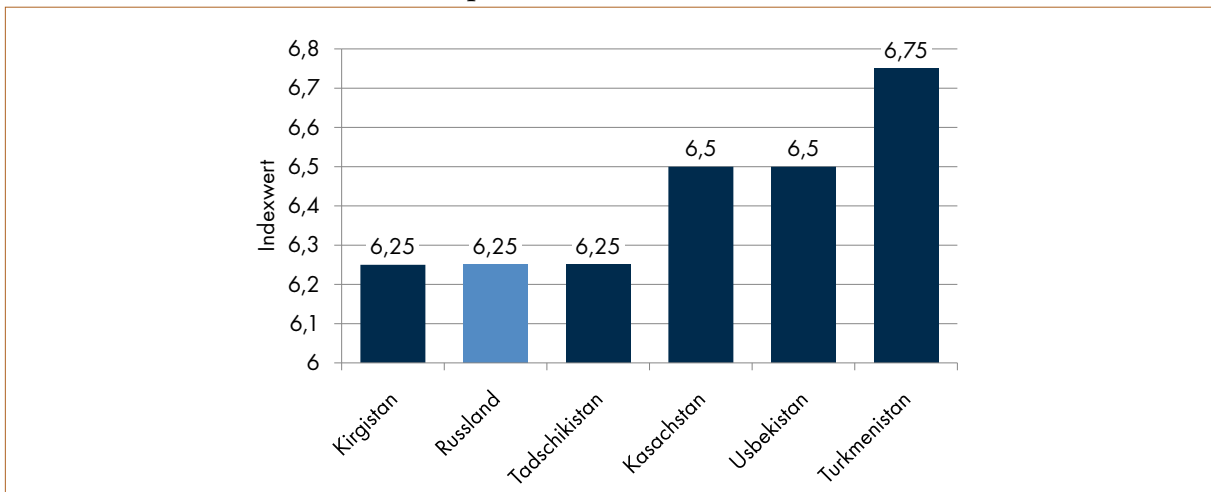
Grafik 15: Nations in Transit: Rechtsstaat 2009



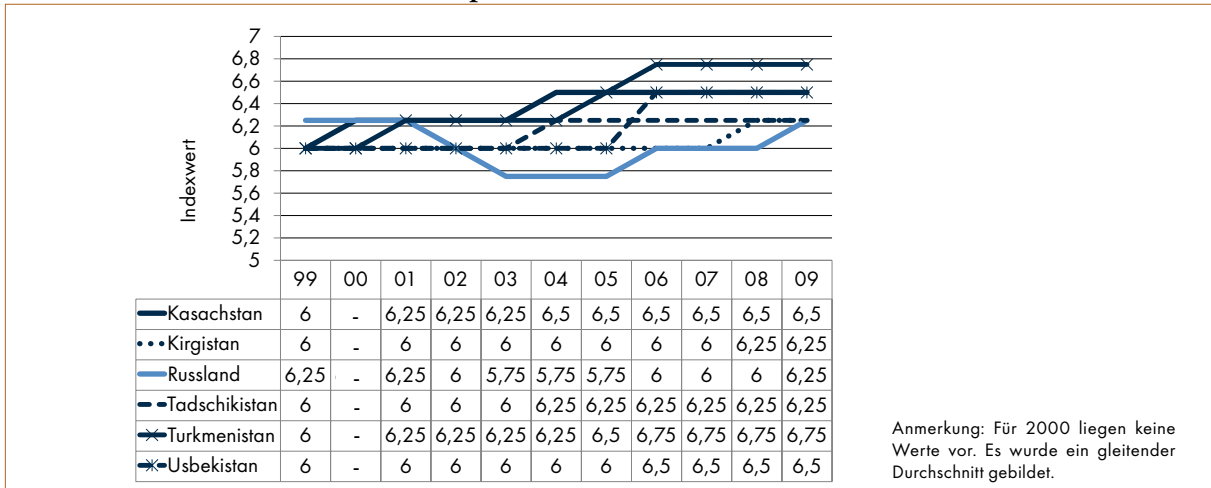
Grafik 16: Nations in Transit: Rechtsstaat 1997–2009



Grafik 17: Nations in Transit: Korruption 2009



Grafik 18: Nations in Transit: Korruption 1999–2009



Press Freedom Index

Erstellt von: Reporter ohne Grenzen (Paris, Frankreich)

Seit: 2002

Häufigkeit: jährlich

Daten sind für die 12 Monate bis zum ersten September des Erscheinungsjahres

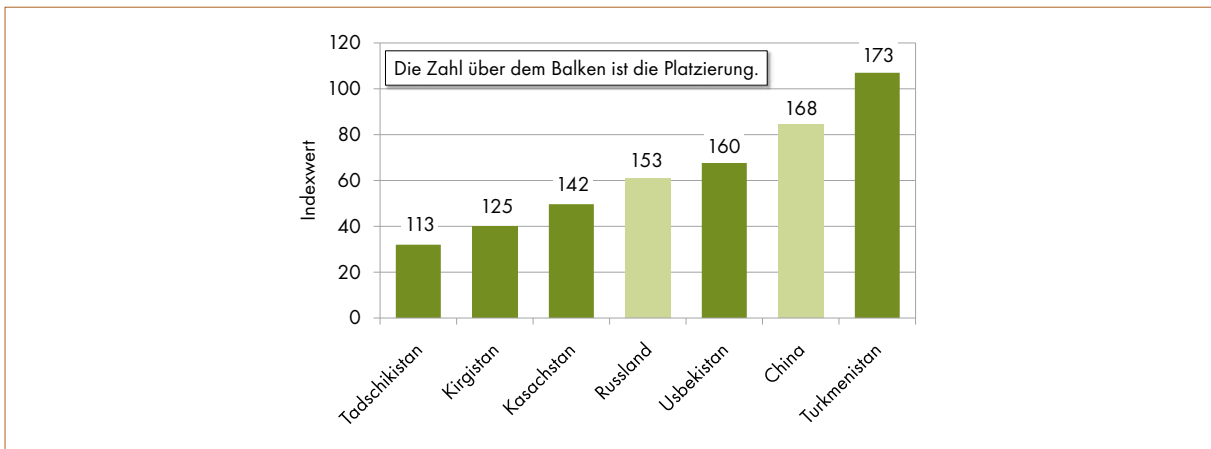
Erfasste Länder: derzeit 173

Internetadresse: <http://www.rsf.org>

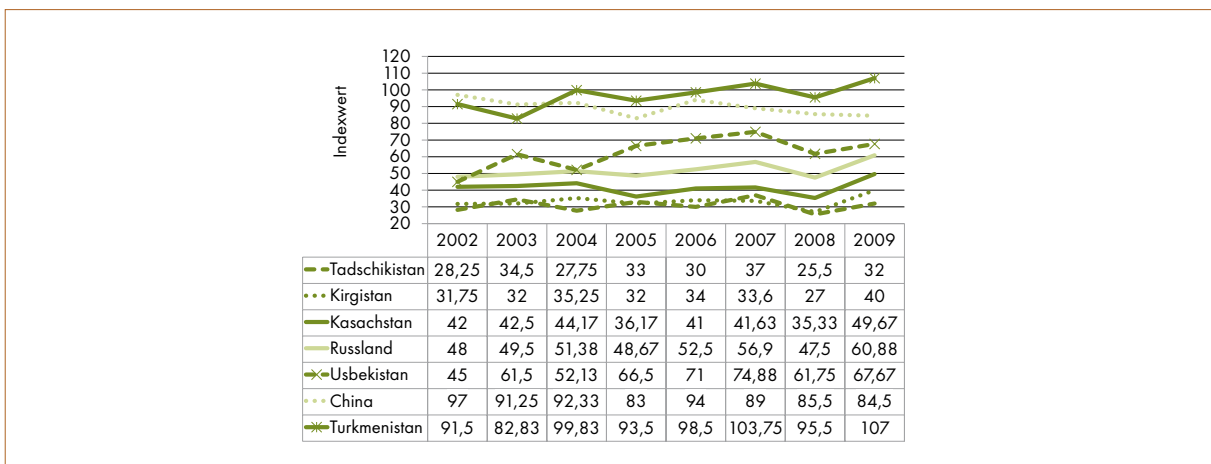
Kurzbeschreibung:

Unter Verantwortung der jeweiligen Partnerorganisationen von „Reporter ohne Grenzen“ schätzen Journalisten, Wissenschaftler, Rechtsexperten und Menschenrechtsaktivisten die Lage der Pressefreiheit in ihrem Land aufgrund von 50 Kriterien ein, die alle Verletzungen der Freiheit von Journalisten (wie physische Übergriffe, Verhaftungen etc.) und von Nachrichtenmedien (Zensur, Beschlagnahmung von Ausgaben, Durchsuchungen, Drangsalierung etc.) erfassen. Die Auswertung erfolgte mittels einer vorher festgelegten Punkteskala, auf der jede Verletzung der Pressefreiheit bewertet wird. Ein Indexwert von 0 bedeutet so das Fehlen jeglicher Verletzungen der Pressefreiheit. Da für jede Verletzung Punkte addiert werden, ist ein Maximalwert nicht vorgegeben.

Grafik 19: Press Freedom Index 2009: Indexwert und Platzierung



Grafik 20: Press Freedom Index 2002–2009



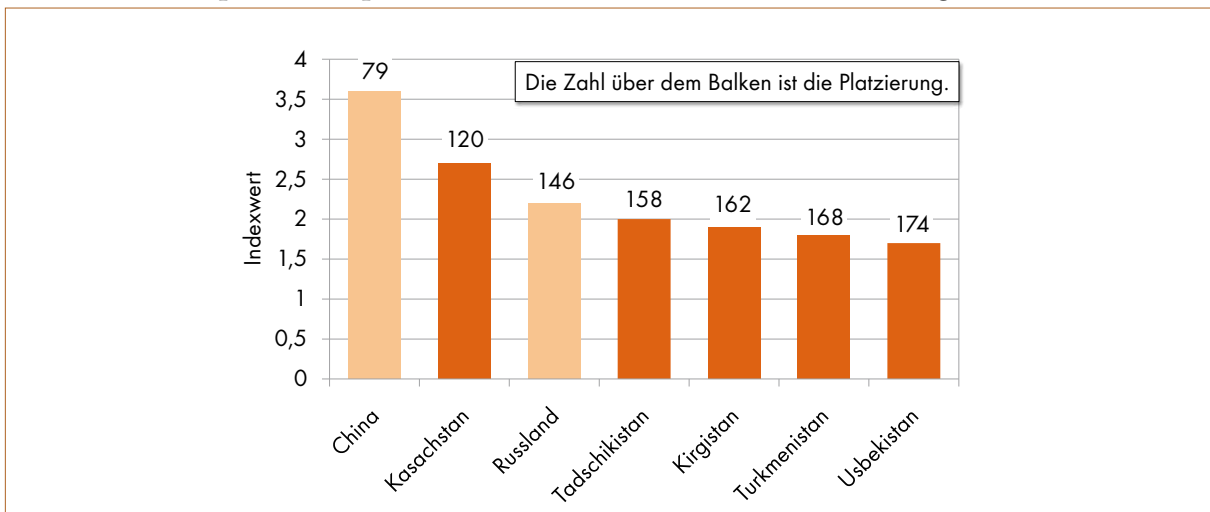
Corruption Perceptions Index

Erstellt von: Transparency International
 Seit: 1995
 Häufigkeit: jährlich
 Erfasste Länder: derzeit 180
 Internetadresse: <http://www.transparency.org>

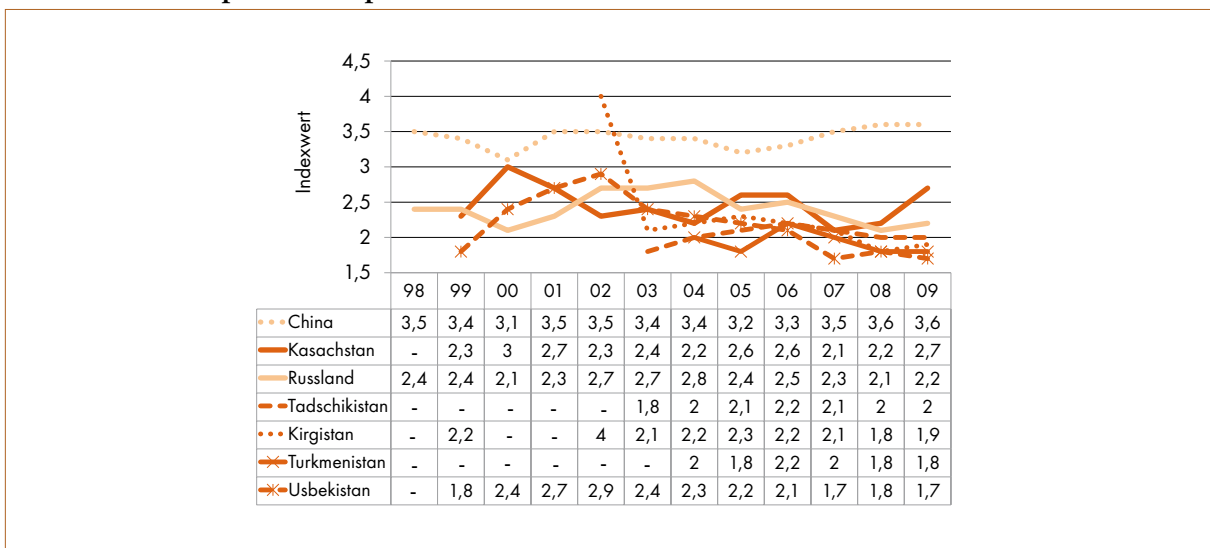
Kurzbeschreibung:

Der Index ergibt sich durch Auswertung von verschiedenen (pro Land mindestens drei voneinander unabhängigen) Datenquellen zur Wahrnehmung von Korruption im jeweiligen Land durch befragte Geschäftsleute und Experten. Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt) erfasst.

Grafik 21: Corruption Perceptions Index 2009: Indexwert und Platzierung



Grafik 22: Corruption Perceptions Index 1998–2009



Chronik

Vom 24. April bis 21. Mai 2010

Kasachstan

24.4.2010	Das dänische Verteidigungsministerium zahlt Kasachstan für den ungesetzlichen Transit von als Nachschub für dänische Truppen in Afghanistan gelieferte Waffen durch kasachstanischen Luftraum ein Bußgeld in Höhe von 56.000 Tenge (375 US-Dollar) meldet KazTAG.
26.4.2010	Der Bürgermeister von Almaty, Achmetschan Jesimow, bittet Präsident Nursultan Nasarbajew um die Bereitstellung von weiteren 35 Mrd. Tenge (ca. 233,1 Mio. US-Dollar) für die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes der U-Bahn.
26.4.2010	Ein nach dem Drehbuch von Verteidigungsminister Adilbek Dschaksybekow gedrehter Spielfilm wird von einer international besetzten Jury beim »DetectiveFEST« Filmfestival in Moskau zum Gewinner gekürt.
26.4.2010	Das Oberste Gericht lehnt erneut eine Revision des Urteils gegen den im September 2009 zu vier Jahren Haft verurteilten Menschenrechtler Jewgenij Schowtis ab.
26.4.2010	In Washington finden zweitägige bilaterale Regierungskonsultationen zur Lage in Afghanistan statt.
27.4.2010	Der leitende Direktor des Staatskonzerns KazMunayGaz, Maksat Idenow, tritt zurück und verlässt das Land, Nachfolger wird Bolat Aktschulatow. Idenow war zuletzt in die Verhandlungen um das Karachaganak-Projekt involviert.
27.4.2010	Das Außenministerium weist Vorwürfe des kirgisischen Ex-Präsidenten Kurmanbek Bakijew zurück, dass er von der russischen und kasachstanischen Führung zum Rücktritt gedrängt worden sei.
27.4.2010	In seiner Rede auf dem IX. Eurasia Media Forum in Almaty hebt Präsident Nasarbajew die Bedeutung von Reformen in der OSZE für deren zukünftige Entwicklung hervor.
27.4.2010	Außenminister Kanat Saudabajew bekräftigt in Telefongesprächen mit seinen armenischen und aserbaidchanischen Amtskollegen die Bereitschaft Präsident Nasarbajews, sich persönlich in den Friedensprozess um Berg-Karabach einzuschalten.
28.4.2010	Die zuständigen Behörden in allen Regionen untersagen dem oppositionellen Block »Volksmacht«, dem die Kommunistische Partei und die Partei »Algha!« angehören, die Durchführung von Demonstrationen am 1. Mai.
29.4.2010	Das oppositionelle Internetportal Respublika-Kaz.info wurde erneut Opfer eines Hacker-Angriffs und vom Provider blockiert, erklärt die Chef-Redakteurin der Website, Anastasija Nowikowa.
29.4.2010	Die Finanzpolizei leitet ein weiteres Verfahren gegen die Leitung von Karachaganak Petroleum Operating wegen Veruntreuung von 187 Mrd. Tenge (ca. 1,2 Mrd. US-Dollar) ein.
30.4.2010	Die Wohnnebenkosten werden im kasachstanischen Durchschnitt im Jahr 2010 um 12–14 % steigen, meldet KazTAG.
30.4.2010	Der chinesische Staats- und Parteichef Hu Jintao gratuliert Premierminister Karim Massimow zum Ende der Krise in Kasachstan. Massimow hält sich zu einem Arbeitsbesuch, in dessen Rahmen er u. a. an der Eröffnung der EXPO-2010 teilnimmt, in Schanghai auf.
30.4.2010	Die Assoziation der Zeitungsherausgeber Kasachstans kritisiert die Verurteilung der Redaktion der Zeitung Uralskaja Nedelja wegen eines kritischen Beitrags zu einer Geldstrafe von 20 Mio. Tenge (ca. 133.000 US-Dollar).
1.5.2010	In Almaty kommt es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Anhängern der oppositionellen Partei »Algha«.
1.5.2010	Bergsteiger aus den Reihen der Regierungspartei Nur-Otan hissen auf einem Berg im Sailiskij Alatau südlich von Almaty Fahnen Kasachstans sowie ihrer Partei und legen eine Plakette zum Gedenken an den Sieg über das nationalsozialistische Deutschland vor 65 Jahren nieder.
4.5.2010	Kommunikations- und Informationsminister Askar Schumagalijew erklärt, dass Kasachstan bis zum 1.12.2010 Digitalfernsehen mit russischen und kasachstanischen Sendern einführen werde.
4.5.2010	Premierminister Massimow kritisiert die strategischen Pläne vieler Ministerien als fehlerhaft und fordert Nachbesserung und weniger Populismus.

5.5.2010	Abgeordnete der unteren Kammer des Parlaments legen ein Gesetzesprojekt vor, nach dem Präsident Nasarbajew der Titel »Führer der Nation« verliehen und diverse Privilegien u. a. lebenslange Immunität gewährt werden sollen.
5.5.2010	Nach Angaben von Landwirtschaftsminister Akylbek Kuryschbajew plant Kasachstan seine Produktion von Bioäthanol in der näheren Zukunft auf 2 Mrd. Liter im Jahr zu erhöhen.
7.5.2010	Der ehemalige stellvertretende Katastrophenschutzminister Ablaj Sabdalın wird wegen Zahlung von Bestechungsgeldern zu 10 Jahren Haft verurteilt.
7.5.2010	Michael McFaul, US Special Assistant to The President for National Security Affairs and Senior Director of Russian and Eurasian Affairs, trifft in Astana mit Außenminister Saudabajew zusammen.
7.5.2010	Das Außenministerium teilt in einer Presseerklärung mit, dass Kasachstan in näherer Zukunft eine diplomatische Vertretung in Brasilien eröffnen wird.
9.5.2010	Bei der Militärparade anlässlich des Tags des Sieges auf dem Roten Platz in Moskau nehmen neben Soldaten aus anderen GUS-Staaten auch Soldaten aus Kasachstan teil.
10.5.2010	Die Währungsreserven Kasachstans einschließlich des Nationalfonds sind seit Beginn des Jahres um 7,7 Mrd. US-Dollar gestiegen und liegen bei derzeit 54,7 Mrd. US-Dollar, teilt die Nationalbank mit.
11.5.2010	Der indische Außenminister Somanahalli Krishna trifft zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Astana ein. Im Mittelpunkt der Gespräche steht vor allem die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit.
12.5.2010	Nur einen Tag nach der unteren Kammer des Parlaments berät auch der Senat über den Gesetzentwurf zur Verleihung des Titels »Führer der Nation« an Präsident Nasarbajew.
12.5.2010	Der Oppositionspolitiker Tölegen Schukejew äußert die Überzeugung, dass Präsident Nasarbajew das Gesetz über die Verleihung des Titels »Führer der Nation« nicht unterschreiben werde.
12.5.2010	Die offizielle Prognose für das BIP-Wachstum im Jahr 2010 wird von Premierminister Massimow auf 7 % angehoben. In den ersten vier Monaten des Jahres war das BIP aufgrund steigender Rohstoffpreise bereits um 7,6 % gestiegen.
13.5.2010	Kasachstan wird in diesem Jahr bis zu 3 Mio. t. Weizen nach Ost- und Südostasien exportieren, nachdem China ein Exportverbot über sein Territorium aufgehoben hat.
14.5.2010	Auf dem Transasiatischen Parlamentarischen Forum im Rahmen des kasachstanischen OSZE-Vorsitzes erklärt Außenminister Saudabajew, dass sein Land seine Zusammenarbeit mit Partnern in Asien ausbauen werde.
14.5.2010	OSZE-Generalsekretär Mark Perron de Brichambaut bewertet die Tätigkeit Kasachstans an der Spitze der Organisation, darunter die Initiative zur Lösung der Krise in Kirgistan, als positiv.
14.5.2010	An der Grenze zu Usbekistan im Gebiet Südkasachstan werden die Grenzkontrollpunkte verstärkt. Als Grund nennt die zuständige Zollbehörde den Aufbau der Zollunion mit Russland und Belarus.
14.5.2010	Der Film »Kelin« des kasachstanischen Regisseurs Jermek Tursunow gewinnt bei einem Filmfestival in Monaco den großen Preis der Jury.
15.5.2010	Der OSZE-Sonderbevollmächtigte für Kirgistan, Schanibek Karıbschanow, hält eine Öffnung der Grenze zum Nachbarstaat zum jetzigen Zeitpunkt für unverantwortlich.
17.5.2010	Die Ölförderung lag im Zeitraum von Januar bis April 2010 bei 26,2 Mio. t und ist damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,5 % gestiegen.
17.5.2010	Außenminister Saudabajew trifft zu einem Arbeitsbesuch in Kabul ein.
18.5.2010	Das lettische IT-Unternehmen M.A.R.I.D.I. stellt das erste Multimedia-Lehrbuch der kasachischen Sprache vor.
18.5.2010	Es liegt in der Pflicht und Verantwortung jeden Kasachstaners, die kasachische Sprache zu erlernen, erklärt Kulturminister Muchtar Kul-Muchammed nach einer Kabinettsitzung.
19.5.2010	Premierminister Massimow reist zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch nach Minsk.
19.5.2010	Eine Gruppe von Parlamentsabgeordneten schlägt den 31. Mai als Gedenktag für die Opfer der Hungerkatastrophe in Kasachstan in den 1930er Jahren vor.
19.5.2010	Der Finanzberater des ehemaligen kirgisischen Präsidenten Bakijew, Jewgenij Gurjewitsch, könnte sich nach Angaben von KazTAG auf dem Territorium Kasachstan versteckt halten.

20.5.2010	Die Grenze zu Kirgistan wird für Bürger beider Staaten wiedereröffnet, melden die Grenztruppen. Einschränkungen betreffen lediglich Kleinhändler.
20.5.2010	Premierminister Massimow trifft zu einem Arbeitsbesuch in Moskau ein, wo er u. a. an der Präsentation des biographischen Buches »Nursultan Nasarbajew und die Schaffung Kasachstans« teilnimmt.
20.5.2010	Die Bewegung »Für ein freies Internet« klagt in 120 Fällen gegen das Kommunikations- und Informationsministerium wegen der Blockierung von Webseiten im ganzen Land.
20.5.2010	Der stellvertretende Minister für ökonomische Entwicklung und Handel, Kuandyk Bischimbajew, erklärt, dass sich Kasachstan mit dem Bau von vier großen Kraftwerken bis zum Jahr 2020 zu 100 % selbst mit Elektroenergie wird versorgen können.
20.5.2010	Die Generalanwaltschaft lehnt eine Klage der Finanzpolizei gegen die Karachaganak Petroleum Operating wegen Veruntreuung von 187 Mrd. Tenge (ca. 1,3 Mrd. US-Dollar) ab.
21.5.2010	Im Gebiet Westkasachstan wurden bereits ca. 2.000 Saiga-Antilopen mit Anzeichen einer Vergiftung tot aufgefunden, erklärt der Chef des Komitees für Forst- und Jagdwirtschaft, Jerlan Nysanbajew. Der genaue Grund für das Massensterben wird derzeit untersucht.

Kirgistan

24.4.2010	Aus dem Innenministerium wird erklärt, dass sich die Lage im Land stabilisiert habe.
24.4.2010	Bei einer Pressekonferenz in Moskau warnt der amtierende Finanzminister, Timur Sarijew, dass in Kirgistan verbliebene Familienangehörige des Ex-Präsidenten Kurmanbek Bakijew Terroranschläge planen könnten.
24.4.2010	In Osch werden von der usbekischen Regierung gespendete Hilfsgüter übergeben.
25.4.2010	Es wird eine Kommission zur Sicherung von Ordnung und Sicherheit unter Vorsitz des 1. stellvertretenden Premierministers der Übergangsregierung, Almasbek Atambajew, gebildet.
25.4.2010	Der weißrussische Präsident Aleksandr Lukaschenko weist russische Kritik daran, dass er Bakijew aufgenommen hat, zurück und wirft dem Kreml Doppelstandards vor. Er äußert sich enttäuscht darüber, dass die CSTO nicht zugunsten Bakijews eingegriffen hat.
26.4.2010	Die Festnahme von Ex-Innenminister Moldomusa Kongantijew in Moskau wird von den russischen Sicherheitsbehörden bestätigt. Ihm wird Machtmissbrauch vorgeworfen.
26.4.2010	Der stellvertretende russische Außenminister, Grigorij Karasin, erklärt nach einem Treffen mit der Chefin der Übergangsregierung, Rosa Otunbajewa, in Bischkek, dass Russland bereit sei, Hilfe zur Stabilisierung des Landes zu leisten.
26.4.2010	Ca. 500 Anhänger des ehemaligen Innenministers Kongantijew blockieren die Fernverkehrsstraße Bischkek-Osch im Gebiet Dschalalabad. Sie fordern seine Überstellung in sein Heimatdorf.
26.4.2010	Ungefähr 20 Personen beginnen vor dem Weißen Haus in Bischkek einen Hungerstreik. Sie fordern die Auslieferung Bakijews nach Kirgistan, wo er zusammen mit seiner Familie der Bevölkerung übergeben werden solle.
26.4.2010	Finanzminister Sarijew äußert in einem Interview die Befürchtung, dass das öffentliche Haushaltsdefizit im Mai das Niveau von 50 Mio. US-Dollar erreichen könnte.
26.4.2010	Die Übergangsregierung erklärt, dass alle Entscheidungen über die amerikanische Luftwaffenbasis Manas bis nach den Wahlen vertagt würden.
26.4.2010	Die öffentliche Diskussion des Verfassungsentwurfes der Übergangsregierung beginnt.
26.4.2010	Die Übergangsregierung beschließt die Gründung eines Kulturministeriums.
27.4.2010	Akylbek Sarijew wird Vorsitzender der zentralen Wahlkommission.
27.4.2010	Das IKRK übergibt den Bewohnern des Dorfes Majewka, deren Häuser bei Unruhen zerstört worden waren, Baumaterialien im Wert von 500.000 Som (ca. 10.900 US-Dollar).
27.4.2010	Nach Gesprächen mit dem amtierenden Gouverneur von Dschalalabad räumen die Pro-Kongantijew-Demonstranten die Fernverkehrsstraße.
27.4.2010	Der ehemaligen Minister für Staatsbesitz, Tursun Turdemambetow, wird auf die Liste der gesuchten Personen gesetzt.

27.4.2010	Die Bishkek Oil Company, die Maksim Bakijew gehörte sowie die Bishkek Distillery Factory werden verstaatlicht.
28.4.2010	Im Süden Kirgistans tauchen Flugblätter auf, die die Autonomie dieses Landesteils fordern.
28.4.2010	Chantal Hebberecht, EU-Botschafterin in Kirgistan, sagt Finanzminister Sarijew bei einem Treffen 12 Mio. Euro Unterstützung zur Reduzierung des Haushaltsdefizits zu.
28.4.2010	Der amtierende Außenminister, Ruslan Kasakbajew, trifft in Brüssel zu bilateralen Gesprächen mit dem spanischen Außenminister Miguel Moratinos, dem kasachstanischen Außenminister und amtierenden OSZE-Vorsitzenden Kanat Saudabajew und dem stellvertretenden usbekischen Außenminister B. Islamow zusammen.
28.4.2010	Ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft erklärt, dass die Wirtschaftsvergehen der Familie Bakijew den kirgisischen Staat 2 Mrd. Som (ca. 44 Mio. US-Dollar) gekostet hätten.
28.4.2010	Otunbajewa und Atambajew treffen mit einer hochrangigen Delegation der EBRD zusammen, die sich über notwendige Hilfen informieren will. Die EBRD ist der größte Investor im Privatsektor Kirgistans.
28.4.2010	Ferghana.ru meldet aus dem Süden des Landes eine verdeckte Kampagne gegen die Übergangsregierung. Aus dem nördlichen Chui-Gebiet werden Übergriffe gegen Personen aus dem Süden gemeldet.
28.4.2010	Bermet Akajewa, die Tochter der im Exil lebenden Ex-Präsidenten Askar Akajew, trifft zu einem Besuch in Kirgistan ein.
29.4.2010	Die Hungerstreikenden vor dem Weißen Haus beenden ihre Aktion.
29.4.2010	Eine Kommission unabhängiger Menschenrechtler schlägt vor, dass Mitglieder der Übergangsregierung sich nicht an den bevorstehenden Wahlen beteiligen.
29.4.2010	Der amtierende Vorsitzende der Nationalbank, Zair Tschokojew, erklärt im Fernsehen, dass die Banken ihre normale Geschäftstätigkeit allmählich wieder aufnehmen würden. Man werde alles tun, um Vorfälle wie 2005, als die Nationalbankniederlassung in Dschalalabad ausgeraubt wurde, zu verhindern.
29.4.2010	Nach den Worten des stellvertretenden Premierministers Omurbek Tekebajew steht es dem im Exil lebenden Ex-Präsidenten Akajew frei, nach Kirgistan zurückzukehren. Man würde es aber begrüßen, wenn er dies erst nach den Wahlen täte.
30.4.2010	Die Übergangsregierung hebt das Moratorium für Grundstücksgeschäfte auf.
30.4.2010	Der amtierende Energieminister, Osmonbek Artykbajew, spricht sich für den unbedingten Bau des Kambara-2-Wasserkraftwerkes aus.
30.4.2010	Die Übergangsregierung bildet einen Verfassungsrat, der den vorgelegten Verfassungsentwurf und Veränderungsvorschläge von Parteien und Bevölkerung erörtern soll.
3.5.2010	Bachyt Beschimow, der ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokraten, lehnt es ab, Botschafter in den USA zu werden.
3.5.2010	Die Pressestelle der Übergangsregierung erklärt, dass sie eine Reihe von Mitgliedern der Familie Bakijew sowie mehrere Inhaber hochrangiger Posten der Bakijewzeit auf die Liste der gesuchten Personen gesetzt habe. Für Hinweise, die zu ihrer Ergreifung führen, wurden Belohnungen von 20.000–100.000 US-Dollar ausgesetzt.
3.5.2010	Der Bürgermeister von Osch verhängt ein Alkoholverbot für die Zeit nach 17 Uhr.
4.5.2010	Der amtierende Außenminister Kasakbajew, und der UN-Sondergesandte und Chef des regionalen Zentrums für präventive Diplomatie, Miroslav Jenca, treffen zu Gesprächen über die aktuelle Lage im Land zusammen.
4.5.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft nimmt Untersuchungen gegen den ehemaligen Generaldirektor der kirgisischen Gasgesellschaft und Ex-Premierminister Igor Tschudinow wegen Veruntreuung, Vorteilsnahme und Machtmissbrauch auf.
4.5.2010	Der stellvertretende iranische Außenminister Mohammad-Reza Scheibani hält sich zu Gesprächen mit der Übergangsregierung in Bischkek auf.
5.5.2010	Die Übergangsregierung hebt per Dekret die Immunität von Ex-Präsident Bakijew auf.
6.5.2010	Die Übergangsregierung beantragt in einem Brief an den weißrussischen Präsidenten Lukaschenko die Auslieferung Bakijews.
6.5.2010	Bisher wurden 20 Personen aus dem engeren Mitarbeiterkreis Bakijews verhaftet, teilt die Pressestelle des nationalen Sicherheitsdienstes mit.

6.5.2010	Maksim Bakijew wird von Interpol auf die Liste der gesuchten Personen gesetzt.
7.5.2010	Interimspremierministerin Otunbajewa wendet sich einen Monat nach dem Sturz Bakijews in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung, in der sie den Sieg von Gerechtigkeit und Freiheit betont und die Opfer beklagt.
7.5.2010	Feliks Kulow wird Interims-Vorsitzender des Rates für gesellschaftliche Sicherheit.
9.5.2010	Auf einem Gipfeltreffen der CSTO in Moskau, an dem die Präsidenten aller Mitgliedsländer außer Kirgistan teilnehmen, wird betont, dass der Sturz Bakijews ein Verstoß gegen die Verfassung gewesen sei, es sich aber um eine innere Angelegenheit Kirgistans handle. Man sei besorgt über die instabile Lage im Land und hoffe auf rasche Normalisierung.
10.5.2010	Nach einem Treffen von Interimspremierministerin Otunbajewa mit dem russischen Premier Wladimir Putin in Moskau wird bekannt, dass Russland Kirgistan 23 t Öl und 2,5 t Saatgut als humanitäre Hilfe zur Verfügung stellt. Präsident Dmitrij Medwedjew sagt noch weitere Hilfen zu.
10.5.2010	Wegen der geschlossenen Grenzen zeichnen sich zunehmend Versorgungsprobleme ab, die sich zunächst in Preissteigerungen äußern.
11.5.2010	Interimspremierministerin Otunbajewa und weitere Mitglieder der Übergangsregierung führen in Osch Gespräche mit der Gebietsverwaltung und kündigen ein Programm gegen Arbeitslosigkeit an.
11.5.2010	Am Grenzübergang Irkeschtam zu China im Gebiet Osch endet ein Streik von LKW-Fahrern, die gefordert hatten, dass chinesische LKW-Fahrer nicht mehr ins Land gelassen werden.
12.5.2010	Die Angehörigen der Opfer vom 7.4. demonstrieren wieder vor der weißrussischen Botschaft für die Auslieferung Bakijews an Kirgistan.
12.5.2010	Die russische Zeitung Wremja Nowostej meldet, dass der weißrussische Präsident Aleksandr Lukaschenko auf dem CSTO-Gipfel am 9.5. eine Erklärung Bakijews, in der dieser ein Eingreifen der CSTO in Kirgistan zu seinen Gunsten gefordert habe, eingebracht habe.
12.5.2010	Nikolaj Bordjuscha, Generalsekretär der CSTO, äußert gegenüber Interfax seine Besorgnis über wachsende Aktivitäten afghanisch-extremistischer und islamisch-fundamentalistischer Organisationen in Kirgistan.
12.5.2010	Die lettische Polizei erlässt einen Haftbefehl gegen Maksim Bakijew.
13.5.2010	Der russische Präsident Medwedjew ernennt Wladimir Ruschailo zu seinem Sondergesandten für Kirgistan.
13.5.2010	In Osch, Dschalalabad und Batken kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern Bakijews. Seine Anhänger stürmen die Gebietsverwaltungen.
13.5.2010	Interims-Verteidigungsminister Isakow führt in den südlichen Gebieten Verhandlungen mit den Besetzern der Verwaltungen. Am Abend erklärt die Übergangsregierung, dass die Gebäude befreit seien und sie die Lage im Süden des Landes unter Kontrolle habe.
13.5.2010	Belarus zieht aus Sicherheitsgründen alle seine Diplomaten aus Kirgistan zurück.
14.5.2010	Die Übergangsregierung beschließt, der Familie des im Dezember 2009 ermordeten Journalisten Gennadij Pawljuk eine einmalige Hilfszahlung von 1 Mio. Som (ca. 22.000 US-Dollar) zu gewähren.
14.5.2010	Anhänger der Übergangsregierung brennen das Haus der Familie Bakijew in ihrem Heimatdorf Tejit ab.
14.5.2010	Der Vorsitzende der KP, Ischak Masalijew, wird unter dem Vorwurf der Organisation der Massenunruhen im Süden verhaftet und zu zwei Monaten Freiheitsentzug verurteilt.
15.5.2010	In Osch findet eine friedliche Demonstration statt, bei der ungefähr 250 Menschen die Freilassung Masalijews fordern.
16.5.2010	Bei Zusammenstößen zwischen Gegnern und Anhängern von Masalijew in Bischkek kommt es zu Gewalttätigkeiten.
16.5.2010	In Bischkek findet eine genehmigte Demonstration statt, bei der die vorwiegend jugendlichen Teilnehmer Frieden und Stabilität fordern.
17.5.2010	In Bischkek versammeln sich mehrere tausend Anhänger der die Übergangsregierung bildenden Parteien, um ihre Unterstützung zu zeigen.
17.5.2010	In Dschalalabad werden mehrere aktiv an den Unruhen vom 13.5. Beteiligte verhaftet. Unter den noch gesuchten Personen befindet sich auch zwei Brüder Bakijews, Achmad und Kanybek.

17.5.2010	Die EU-Außenbeauftragte, Katherine Ashton, drückt in einer Erklärung ihre Beunruhigung über die sich verschlechternde Lage in Kirgistan aus und erklärt die Bereitschaft der EU, das Land auf einem demokratischen Entwicklungsweg zu unterstützen.
17.5.2010	Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Joao Soares, erklärt nach einem Kirgistanbesuch, bei dem er auch mit Otunbajewa zusammengetroffen war, dass die EU- und OSZE-Mitgliedsstaaten ihren Einfluss geltend machen würden, um eine Öffnung der Grenzen zu bewirken.
17.5.2010	In Bischkek findet 40 Tage nach dem 7.4. eine Gedenkveranstaltung für die 89 Toten statt, bei der ein Denkmal zu ihren Ehren enthüllt wird.
17.5.2010	Als Reaktion auf Auseinandersetzungen zwischen usbekischen und kirgisischen Jugendlichen am 16.5. in einem Dorf im Gebiet Dschalalabad findet dort eine Demonstration von Usbeken statt.
17.5.2010	Die wegen der Unruhen in Nookat im Oktober 2008 verurteilten und Ende April amnestierten mehr als 30 Gefangenen werden freigelassen.
18.5.2010	Nachdem die usbekische Seite die Gaslieferungen halbiert hat, ist die Stadt Osch ohne Gasversorgung.
18.5.2010	Fergana.ru meldet, dass Maksim Bakijew Lettland mit unbekanntem Ziel verlassen habe.
19.5.2010	In Dschalalabad kommt es zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen kirgisischen Anhängern der Übergangsregierung und örtlichen Usbeken. Die vom Führer der Usbeken, Kadyrschan Batyrow, gesponserte Universität der Völkerfreundschaft wird besetzt, zwei Personen kommen zu Tode, 74 werden verletzt. Am Abend wird der Ausnahmezustand verhängt.
19.5.2010	Die Übergangsregierung erlässt ein Dekret, mit dem die Institution des Übergangspräsidenten geschaffen und Rosa Otunbajewa bis zum 31.12.2011 mit diesem Amt betraut wird.
19.5.2010	Vertreter der business community äußern sich auf einer Pressekonferenz verärgert über Kasachstans Weigerung, seine Grenze zu Kirgistan wieder zu öffnen und kritisieren auch EU und OSZE wegen ihrer Zusammenarbeit mit Kasachstan.
19.5.2010	Der Chef eines der größten Tourismusunternehmen des Landes teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass 80 % der aus dem Fernen Ausland stammenden Touristen ihren Kirgistanurlaub für diesen Sommer storniert hätten.
20.5.2010	Die Grenze nach Kasachstan, die von kasachstanischer Seite nach dem 7. April geschlossen worden war, ist wieder offen.
20.5.2010	Das Verfassungsgericht wird umgebildet in eine Verfassungskammer beim Obersten Gericht.
20.5.2010	Die Stadt Osch wird wieder mit usbekischem Gas versorgt, nachdem Kirgistan Schulden in Höhe von 1,2 Mio. US-Dollar abgezahlt hat.
20.5.2010	Eine Kundgebung in Dschalalabad gegen den Führer der usbekischen Minderheit, Kadyrschan Batyrow, verläuft friedlich.
20.5.2010	Die Veröffentlichung illegal aufgezeichneter Telefongespräche zwischen Mitgliedern der Übergangsregierung sorgt für Unruhe und Verunsicherung in Politikerkreisen.

Tadschikistan

24.4.2010	In seiner im Fernsehen übertragenen jährlichen Rede an das Volk erklärt Präsident Emomali Rachmon u. a. seine Beunruhigung über die Lage in Kirgistan und spricht sich für die weitere Entwicklung der Beziehungen zu Russland und China aus. Er erklärt ausdrücklich, dass man die Wasserversorgung der Nachbarstaaten nicht beeinträchtigen werde und spricht sich gegen Zwang beim Verkauf der Rogun-Aktien aus.
25.4.2010	Außenminister Hamrochon Zarifi trifft zu Beginn seines offiziellen Chinabesuches in Beijing mit dem SCO-Generalsekretär Muratbek Imanalijew zusammen.
26.4.2010	Aus den südöstlichen an Afghanistan und Usbekistan grenzenden Regionen werden über 100 Polio-Erkrankungen und ein Todesfall gemeldet.
27.4.2010	Bei einem Treffen zwischen Außenminister Zarifi mit seinem chinesischen Amtskollegen Yang Jiechi werden zahlreiche Verträge unterzeichnet.

27.4.2010	China und Tadschikistan haben eine Übereinkunft über ganzjährigen grenzüberschreitenden Frachttransport erreicht, teilt Transportminister Olimdschon Bobojew mit. Hauptaufgabe sei nun der Ausbau der Straße Duschambe-Murgab-Kulma-Karakorum Highway.
27.4.2010	Der stellvertretende Chef der Grenztruppen, Sajmuddin Mirsojew, wird unter dem Verdacht verhaftet, hohe Bestechungsgelder angenommen zu haben.
27.4.2010	WHO und UNESCO stellen 4 Mio. Impfdosen gegen Polio zur Verfügung.
28.4.2010	Bei einem Treffen Außenminister Zarifis mit dem chinesischen Vize-Präsident Xi Jinping lobt letzterer die bilateralen Beziehungen und Perspektiven für die Zukunft. Zarifi betont, dass Tadschikistan immer auf der Seite Chinas stehen werde.
28.4.2010	Der pakistanische Innenminister Rehman Malik trifft zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch in Duschambe ein. Ein Gespräch mit Präsident Rachmon ist vorgesehen.
28.4.2010	Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldet die Unterzeichnung eines Grenzdemarkationsabkommens mit Tadschikistan.
28.4.2010	Der stellvertretende Minister für ökonomische Entwicklung und Handel erklärt auf einer Pressekonferenz, dass durch die seit mehreren Wochen an der Grenze aufgehaltenen Frachtcontainer nicht nur Tadschikistan, sondern auch Usbekistan erhebliche Verluste entstünden und äußert die Hoffnung auf eine baldige Lösung.
28.4.2010	Die untere Kammer des Parlamentes nimmt einstimmig eine Gesetzesänderung an, mit der die Schulzeit bis 2016/17 auf 12 Jahre verlängert wird.
29.4.2010	In einem Ausbildungszentrum in Chorog beenden neun afghanische und fünf tadschikische Offiziere der Grenztruppen eine gemeinsame, von den USA finanzierte Ausbildung.
29.4.2010	Barq-i Tojik, die tadschikische Elektrizitätsgesellschaft, teilt mit, dass sie sieben unabhängige Experten mit einer Feasibility-Studie und Untersuchungen der Umweltverträglichkeit des Baus des Rogun-Wasserkraftwerkes beauftragen werde. Philippe le Houerou, Weltbank-Vize-Präsident für Europa und Zentralasien, erklärt nach einem Gespräch mit Präsident Rachmon mit, dass mit dem Bau des Kraftwerkes erst nach Vorliegen dieser Feasibility Studie begonnen werde.
29.4.2010	In einer Spezialverbrennungsanlage zerstört die Agentur für Drogenkontrolle insgesamt 256 kg Drogen, davon 14 kg Heroin. Am gleichen Tag werden im russischen Perm zwei tadschikische Staatsbürger mit 33 kg Heroin verhaftet.
30.4.2010	Die EBRD stellt 2 Mio. US-Dollar für Kredite für kleine und mittlere Landwirte und zur Stimulierung des Außenhandels zur Verfügung.
30.4.2010	Auf einer Kabinettsitzung fordert Präsident Rachmon, die Bevölkerung über ihre Gesundheitsgefährdung durch die Nutzung von Mobiltelefonen aufzuklären.
30.4.2010	Von der Verwaltung des Hohen Kommissars für Flüchtlingsfragen der UN wird die unverzügliche Freilassung des kirgisischen Staatsbürgers Nematillo Botokasujew gefordert, der in Tadschikistan um politisches Asyl gebeten hatte und unmittelbar danach verhaftet worden war.
3.5.2010	Präsident Rachmon erörtert mit Zsuzsanna Jakab, Regionaldirektorin des WHO, Maßnahmen im Kampf gegen Polio.
4.5.2010	Werbung für Mobiltelefone wird verboten.
5.5.2010	Usbekistan kündigt eine Halbierung der Gaslieferungen an, wenn Tadschikistan nicht bis 17 Uhr örtlicher Zeit 1,4 Mio. US-Dollar zahlt.
5.5.2010	Russland erlässt wegen der Polio-Epidemie ein Importverbot für Trockenfrüchte aus Tadschikistan.
5.5.2010	Die iranische Regierung schlägt die grundsätzliche Abschaffung des Visa-Regimes zwischen beiden Staaten vor. Letztlich wird aber nur die Vergabe von Business-Visa erleichtert.
6.5.2010	In der Stadt Kuljab und einigen Bezirken des Gebietes Chatlon kommen bei gewalttätigen Unruhen 30 Menschen um, es werden Schulen, medizinische Einrichtungen, Brücken usw. zerstört, meldet Ferghana.ru.
7.5.2010	Russland verbietet die Einreise von Kindern unter fünf Jahren aus Tadschikistan.
7.5.2010	Im Gebiet Kuljab kommen bei Überschwemmungen und Erdbeben sieben Menschen um, viele werden noch vermisst. Die Zerstörungen werden auf 100 Mio. Somoni (mehr als 20 Mio. US-Dollar) geschätzt.

10.5.2010	Usbekistan beginnt mit der Abfertigung der an der Grenze zu Tadschikistan blockierten Güterwaggons.
11.5.2010	Der Chef der Streitkräfte, Ramil Nadirow, erklärt, dass die Modernisierung des Militärflughafens Aini südwestlich von Duschanbe abgeschlossen sei. Dort seien entgegen aller Gerüchte keine russischen Truppen stationiert.
13.5.2010	In Duschanbe wird ein Kooperationsprogramm für das Jahr 2010 zwischen Tadschikistan und Russland unterzeichnet.
13.5.2010	Die tadschikische Regierung bittet die EU und die internationale Gemeinschaft um humanitäre Hilfe zur Unterstützung der Opfer der Überschwemmung.
17.5.2010	Präsident Rachmon empfängt den Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, Ekmeleddin Ihsanoglu, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit. Am gleichen Tag führt er Gespräche mit den Außenministern von Oman, Marokko, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Albanien sowie dem ägyptischen Minister für ökonomische Entwicklung.
18.5.2010	In Duschanbe findet die 37. Sitzung des Rates der Außenminister der Organisation der Islamischen Konferenz statt.
18.5.2010	Im Gebiet Chatlon werden die Urteile gegen 36 Anhänger der verbotenen islamischen Organisation Tabligi dschamaat verkündet. Sie erhalten Freiheitsstrafen von drei bis sechseinhalb Jahren bzw. hohe Geldstrafen.
19.5.2010	Präsident Rachmon erörtert mit dem Generalsekretär der Economic Cooperation Organization (ECO) den Stand der Implementierung der ECO-Strategie 2015 und weiterer Dokumente.
20.5.2010	Ab sofort ist die Nutzung einzelner Abschnitte der Überlandstraße von Duschanbe nach Tschanak kostenpflichtig.
20.5.2010	In Moskau wird ein tadschikischer Gastarbeiter ermordet aufgefunden.
20.5.2010	Die Preise für Benzin steigen in Duschanbe in der ersten Tageshälfte um 15 %.

Turkmenistan

27.4.2010	Die staatliche Nachrichtenagentur TDH kritisiert die Organisation »Ärzte ohne Grenzen« für die subjektive Darstellung des turkmenischen Gesundheitssystems in einem im März vorgelegten Bericht.
28.4.2010	In abgelegenen Siedlungen der Karakum-Wüste werden sowohl wild wachsende wie kultivierte Bestände von drogenhaltigen Pflanzen vernichtet.
28.4.2010	Das Außenministerium weist in einer Presseerklärung Vorwürfe der Beteiligung Turkmenistans am Korruptionsfall um den Daimler-Konzern zurück.
30.4.2010	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow reist zu einem offiziellen Staatsbesuch nach China. In Schanghai nimmt er an der Eröffnungszereemonie der EXPO-2010 teil.
4.5.2010	Die Organisation »Reporter ohne Grenzen« führt Präsident Berdymuchammedow in seinem Ranking »Predators 2010« unter den Politikern, die am stärksten die freie Presse einschränken.
4.5.2010	Nach Angaben des Chefs der RWE Supply and Trading, Stefan Judisch, hat Turkmenistan die Unterzeichnung eines Gaslieferabkommens für Nabucco verschoben.
9.5.2010	Präsident Berdymuchammedow diskutiert in Moskau mit seinem ukrainischen Amtskollegen Viktor Janukowitsch die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit.
12.5.2010	In einem in der staatlichen Presse verbreiteten Beitrag erklärt Präsident Berdymuchammedow, dass sich das Land auf die Einführung eines Mehrparteiensystems vorbereite.
12.5.2010	Bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates fordert Präsident Berdymuchammedow die Verantwortlichen im Innenministerium auf, Maßnahmen gegen in den Drogenhandel involvierte Beamte zu ergreifen.
14.5.2010	Bei einer Sitzung des Ältestenrates Turkmenistans in der Stadt Daschogus schlägt Präsident Berdymuchammedow die Gründung einer Agrarpartei vor.
20.5.2010	Präsident Berdymuchammedow und der russische Ministerpräsident Wladimir Putin erörtern in einem Telefonat die Zusammenarbeit im Energiesektor.

Usbekistan

24.4.2010	Innenminister Bahodir Matlubow und der chinesische Minister für öffentliche Sicherheit, Meng Jianzhu, unterzeichnen in Taschkent ein Protokoll über den Ausbau der Zusammenarbeit. Der chinesische Gast trifft auch mit Präsident Islam Karimow zusammen.
24.4.2010	In Andischan läuft die Gerichtsverhandlung gegen die nach ihrer Rückkehr aus dem australischen Exil verhaftete Diloram Abdukadirowa. Die Anklage lautet auf illegalen Grenzübertritt, verfassungsfeindliche Aktivitäten und Teilnahme an Unruhen. Die bislang stets verschleierte Angeklagte erscheint ohne hijab.
27.4.2010	IWPR meldet, dass Ende März durch einen Erlass des Gesundheitsministeriums Krankenhausmanagern Auslandsaufenthalte verboten wurden.
27.4.2010	Das staatliche Fernsehen meldet einen erfolgreichen Schlag gegen Drogenschmuggler im Gebiet Syr Darja, bei dem 36 kg Drogen beschlagnahmt wurden.
27.4.2010	In Taschkent findet nach 16-monatiger Pause wieder eine Sitzung der usbekisch-tadschikischen Zwischenregierungskommission für Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft statt.
28.4.2010	Usbekische Gasversorgungsunternehmen warnen Kirgistan, dass sie die Gaslieferungen einstellen, wenn die Schulden rund 1,8 Mio. US-Dollar nicht bezahlt werden.
28.4.2010	Schon nach vier Wochen ist erkennbar, dass Usbekistan durch die Erhöhung der Einfuhrzölle für Autos von 20 auf 30 % am 1.4. seinen Automarkt noch effektiver abgeschottet hat, meldet TCA.
29.4.2010	In der Nähe von Taschkent beginnt das Gerichtsverfahren gegen den bekannten Sportreporter Chairulla Chamidow und 14 weitere Angeklagte wegen ihrer angeblichen Tätigkeit für eine verbotene islamistische Gruppe.
30.4.2010	Diloram Abdukadirowa wird von einem Andischaner Gericht zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.
1.5.2010	Zwischen der usbekischen Regierung, der ADB und der japanischen International Cooperation Agency wird eine Reihe von Kreditabkommen im Wert von rd. 1 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.
2.5.2010	In Taschkent findet das 13. Treffen der Finanzminister der ASEAN-Staaten plus China, Japan und Südkorea statt.
3.5.2010	Der stellvertretende Gesundheitsminister, Bachtior Nijosmatow, wendet sich gegen Gerüchte, dass es auch in Usbekistan Polio-Fälle gebe.
4.5.2010	Präsident Karimow empfängt den Generalsekretär der World Customs Union, Kunio Mikuriya.
5.5.2010	Ein Gericht in Sankt Petersburg verurteilt drei usbekische Männer zu mehrjährigen Freiheitsstrafen wegen Vergewaltigung und schwerem Raub.
5.5.2010	Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret, mit dem ab 15.5.2010 private Notariate abgeschafft werden.
6.5.2010	Nach Angaben des nationalen Komitees für Statistik ist die Industrieproduktion 2009 um 7 % gestiegen und betrug in aktuellen Preisen 7,42 Trillionen Sum (4,7 Mrd. US-Dollar), den größten Anteil daran hatte der Gas-, Öl- und Energiebereich.
6.5.2010	Anlässlich des bevorstehenden 5. Jahrestages des Massakers von Andischan (13.5.) ruft Human Rights Watch die UN und ihre Mitgliedsstaaten auf, von Usbekistan ein Ende der Verletzung der Menschenrechte und Gerechtigkeit für die Opfer zu fordern.
7.5.2010	In Samarkand wird eine grundlegende Rekonstruktion des Observatoriums Ulug Beks beschlossen.
7.5.2010	Die Daimler AG und Uzavtosanoat JSC unterzeichnen ein Abkommen über die Bildung eines Joint Ventures zur Produktion von Bussen in Usbekistan, 51 % der Anteile liegen auf deutscher, 49 auf usbekischer Seite.
7.5.2010	In Brüssel findet die 4. Runde der Menschenrechtsgespräche zwischen EU und Usbekistan statt.
10.5.2010	Die usbekische Regierung und die Islamische Entwicklungsbank (IDB) unterzeichnen ein Abkommen, nach dem die Bank ca. 35,4 Mio. US-Dollar für die Verbesserung des Abwassersystems und der damit verbundenen ökologischen und gesundheitlichen Bedingungen in Taschkent zur Verfügung stellt.
10.5.2010	Auf Anordnung der Stadtverwaltung wird mit dem Fällen der Bäume entlang der Hauptflaniermeile im Zentrum Taschkents begonnen.
11.5.2010	Kirgistan hat den größten Teil seiner Gasschulden in Höhe von 1 Mio. US-Dollar bezahlt.

11.5.2010	Bei der Explosion eines mit Gas betriebenen Busses in Taschkent sterben sechs Fahrgäste, Dutzende werden verletzt. Derartige Busse sind meist nicht fachgerecht und ohne Erlaubnis auf Gasbetrieb umgerüstet worden.
12.5.2010	Aus Anlass des 5. Jahrestages der blutigen Niederschlagung der Unruhen in Andischan fordert Amnesty International die EU auf, Übergriffe auf usbekische Journalisten und Menschenrechtler zu verurteilen und auf eine unabhängige Untersuchung der damaligen Ereignisse hinzuwirken.
12.5.2010	Mit der Annahme einer Veränderung des Gesetzes über den Schutz der Gesundheit durch den Senat ist das individuelle Praktizieren im Gesundheitsbereich nicht mehr erlaubt.
12.5.2010	Ein Komitee zum Schutz von Maksim Popow, einem AIDS-Aktivisten, der zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden war, sendet einen von offenen Brief an internationale Organisationen, Banken und Politiker, um auf sein Schicksal aufmerksam zu machen.
14.5.2010	Präsident Karimow empfängt den Außenminister von Oman, Yusuf Bin Alawi bin Abdullah zu Gesprächen u. a. über die sich gut entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten.
14.5.2010	Aus verschiedenen nichtoffiziellen Quellen verlautet, dass per Gerichtsbeschluss am 5.5. die Zeromax GmbH, die mittels Strohmännchen der Präsidententochter Gulnara Karimowa gehört, ihre Tätigkeit in Usbekistan eingestellt habe.
16.5.2010	In der spanischen Tageszeitung El Pais erscheint ein ausführlicher Artikel über enge Verbindungen von Gulnara Karimowa, die Botschafterin Usbekistans in Spanien ist, mit dem FC Barcelona.
17.5.2010	An den Grenzübergängen zu Kasachstan ist seit einigen Tagen eine stark ansteigende Zahl von Arbeitsmigranten zu beobachten.
17.5.2010	Die erste Phase einer Polio-Impfkampagne für unter fünfjährige Kinder beginnt.
18.5.2010	Das französische Konsulat in Taschkent verweigert dem Künstler Wjatscheslaw Achunow ein Visum, mit dem er zur Eröffnung der Ausstellung seiner Werke in Brüssel reisen wollte.
18.5.2010	In Taschkent wird ein hochrangiger Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft erschossen.
18.5.2010	Interfax meldet, dass die usbekischen Behörden zwei US-amerikanische und drei südkoreanische Staatsbürger wegen nicht erlaubter religiöser Aktivitäten des Landes verwiesen haben.
18.5.2010	Ein Gericht in Taschkent verurteilt acht Mitarbeiter der US-amerikanischen Vereinigten Kirche Christi (UIC) zu mehrtägigem Arrest bzw. Geldstrafen.
18.5.2010	Der Grenzschutz an der Grenze zu Kirgistan soll durch zusätzliche Truppen und militärische Gerätschaften verstärkt worden sein.
20.5.2010	Neue Jugendschutzbestimmungen, nach denen Minderjährige nachts nicht ohne Begleitung eines Erwachsenen Bars, Kinos, Diskotheken usw. besuchen dürfen, treten in Kraft.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment
Redaktionsassistent: Henryk Alff
Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener
Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2010 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14
e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de



Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de